



NAKOS

INFO

101

**Facetten der
Kontaktstellenarbeit 1**

Informationen+Kontakte+Literatur+Tagungen

März 2010

INTERN

Die Arbeits- und Fördersituation der NAKOS im Jahr 2010 _____ 4

NAKOS-KAMPAGNE

„Schon mal an Selbsthilfegruppen gedacht?“ _____ 8

AUS DER PRAXIS | SCHWERPUNKT

Facetten der Kontaktstellenarbeit 1 _____ 11

Soziale Arbeit und Selbsthilfe _____ 11

Psychisch krank, und nun? _____ 16

Selbstorganisation im Generationenwandel _____ 19

Rechtliche Rahmenbedingungen für Selbsthilfegruppen _____ 22

Gesundheitsziele realisieren _____ 26

Die *Informationen* des Selbsthilfe-Büros Niedersachsen:

Ergebnisse einer Befragung der Leserschaft _____ 29

Guten Morgen, Ihr Schönen – Neue Wege der Selbsthilfearbeit _____ 31

Selbsthilfe und Medien:

„Wir zeigen uns. Selbsthilfe macht stark“ _____ 35

GESELLSCHAFT & POLITIK

DAS DOKUMENT: Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig verankern und fördern _____ 46

DAS DOKUMENT: Gesundheit für alle – Gesunde Städte-Netzwerk _____ 49

Bundesdatenschutzgesetz verlangt öffentliches Verzeichnisse _____ 53

Ein Bankkonto für eine Selbsthilfegruppe _____ 54

KOMPAKT _____ 61

SERVICE

GRÜNE ADRESSEN, ROTE ADRESSEN, BLAUE ADRESSEN _____ 38

Literatur, Dokumente & Publikationen, Internet & neue Medien _____ 40

Tagungen _____ 65

Impressum _____ 67

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DAS NAKOS INFO 102: 7.5.2010

SCHWERPUNKT: JUNGE MENSCHEN UND SELBSTHILFE

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor Ihnen liegt das NAKOS INFO 101 mit dem Schwerpunkt „Facetten der Kontaktstellenarbeit“. Präsentiert werden Praxis- und Projektbeispiele von Selbsthilfekontaktstellen. Ich danke allen Kolleginnen für ihre Beiträge. Die Resonanz auf unsere Initiative für diesen Schwerpunkt war so groß, dass wir ihn wiederholen wollen. Alle sind dazu eingeladen, Beiträge einzubringen; dies gilt auch für den Schwerpunkt des nächsten Heftes „Junge Menschen und Selbsthilfe“. Eine Einstimmung dazu finden Sie auf den Seiten 8-10, wo wir Elemente unserer Kampagne zur Selbsthilfe junger Menschen vorstellen: Werbepostkarten, Plakate, Praxishilfe, eigene Webseite ...

Zum Thema „Junge Menschen in der Selbsthilfe – Junge Menschen in die Selbsthilfe“ hatte die NAKOS im Jahr 2009 mit Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ein Impulsprojekt durchgeführt. Hier wollen wir weitermachen und haben ein Folgeprojekt entwickelt. Damit sind wir Ende 2009 an das BMFSFJ herangetreten. Das Ministerium hat – mit derselben Begründung wie 2007, als das Auslaufen der NAKOS-Projektförderung angekündigt wurde – eine Förderung abgelehnt: „Wie ... Ihnen in vielfacher Form schriftlich mitgeteilt wurde, ... war die projektbezogene Förderung von NAKOS nie auf Dauer angelegt. Wir können aus grundsätzlichen Erwägungen keine institutionelle Förderung oder andere Dauerförderung betreiben. Deshalb sind auch keine Mittel in der mittelfristigen Haushaltsplanung hierfür angemeldet. Über das Auslaufen der Projektförderung wurde NAKOS bereits 2007 informiert und aufgefordert, alternative Fördermittel zu erschließen.“ Sie sehen: die Arbeits- und Fördersituation der NAKOS ist unverändert schwierig; eine Darstellung der Situation und Hinweise auf Projekte in 2010 finden Sie in diesem INFO auf den Seiten 4-5.

Zur Gestaltung einer nachhaltigen Förderung von Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements, die nicht nur die NAKOS betrifft, nimmt ein gemeinsames Papier von der bagfa, der BaS, der DAG SHG und dem Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband Stellung (s. S. 46-47). Die Verbände postulieren eine nachhaltige Verankerung von Freiwilligenagenturen / -Zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen und ihrer zentralen Service- und Netzwerkstellen und eine Sockelfinanzierung durch die öffentliche Hand.

Hinweisen möchte ich auch noch auf die Jahrestagung 2010 der DAG SHG, die vom 31.5.-2.6. unter dem Motto „Auf die Menschen kommt es an“ in Hamburg stattfindet (s. S. 5-6). Wir freuen uns mit KISS Hamburg darauf, Sie dort begrüßen zu können.

Ich hoffe, dass Sie dieses INFO interessant finden und vieles für sich nutzen können und wünsche allen ein schönes Frühjahr 2010. |

Wolfgang Thiel

Die Arbeits- und Fördersituation der NAKOS im Jahr 2010

Bis zum Jahr 2000 erhielt die NAKOS neben Projektförderungen eine grundsätzliche Förderung ihrer Arbeit. Vor allem zunächst durch das Land Berlin und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA), später dann durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Zwar bieten seitdem die pauschalen Fördermittel der gesetzlichen Krankenkassen einen wesentlichen Rückhalt zur Bewältigung wiederkehrender gesundheitsbezogener Informations- und Beratungsaufgaben, aber seit fast einem Jahrzehnt konzipiert und beantragt die NAKOS immer wieder Projekte mit wechselnden Inhalten, Aufgabenstellungen und Produkten. Jedes Mal stellen wir uns dabei aktuellen Fragen und erarbeiten innovative Ideen und Konzepte. Bei der Entwicklung der Projektideen berücksichtigen wir gesellschaftliche Herausforderungen gleichermaßen wie die Vielfalt der Themen, Aufgaben und Arbeitsweisen von Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen wie von Selbsthilfeorganisationen und -gruppen zu gesundheitsbezogenen, besonders aber auch zu sozialen Themen. Auch stellen wir uns neuen Aufgaben, die aufgrund von Gesetzgebung oder allgemeinen politischen Schwerpunkten in den Fokus rücken. Diese Arbeitsweise bedeutet ein permanentes Change-Management, die Veränderung von Strukturen und Abläufen. Sie ist anstrengend und belebend zugleich.

Aktuell wurde uns von dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) die

Bewilligung eines zweijährigen Projektes für 2010 bis 2011 in Aussicht gestellt, welches sich inhaltlich mit dem Wandel der Selbsthilfelandschaft auseinandersetzt. Der Zuwendungsbescheid liegt uns aufgrund des ausstehenden Beschlusses über den Bundeshaushalt noch nicht vor. Ein Antrag zur inhaltlichen Begleitung der Umsetzung von § 45 d SGB XI von dem für Pflege zuständigen Bereich im BMG wurde nicht bewilligt. Mit Förderung von BMG, AOK Bundesverband, BARMER GEK Bundesverband und BKK Bundesverband haben wir bereits im vergangenen Jahr das Projekt „Selbsthilfe und neue Medien“ mit einer zweijährigen Laufzeit begonnen. In diesem Jahr arbeiten wir weiter an diesem Thema; das Projekt endet Januar 2011. Bei den gesetzlichen Krankenkassen auf Bundesebene haben wir für das Jahr 2010 erneut einen Antrag auf pauschale Förderung aus dem Gemeinschaftstopf gestellt. Nach einem ‚Ausflug‘ in die kassenindividuelle Projektförderung im vergangenen Jahr sehen wir es als ein dringendes Erfordernis an, dass wir als national tätige Selbsthilfekontaktstelle zur Realisierung unserer wiederkehrenden gesundheitsbezogenen Grundaufgaben pauschal finanziert werden. Vom BKK Bundesverband erhalten wir in diesem Jahr wiederum eine Förderung für die Beteiligung an dem „Netzwerk Selbsthilfefreundlichkeit im Gesundheitswesen“, ein besonderer Beitrag der NAKOS zur Förderung von ‚Selbsthilfefreundlichkeit‘ zielt dabei auf die Rehabilitationskliniken. Unser Modellantrag nach § 8 SGB XI beim

GKV-Spitzenverband in Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband zur Entwicklung von „Sorgenden Netzen“ als Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen in der Pflege muss noch einmal ergänzend überarbeitet werden. Nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Ende des Jahres 2008 eine Projektzuwendung für NAKOS durch das BMFSFJ beschlossen hatte, erhielten wir im vergangenen Jahr auch eine Förderung. Hingegen blieb unser Bemühen um eine Projektfinanzierung für das Jahr 2010 erfolglos. Das Ministerium hat seine Auffassung bekräftigt, keine Maßnahme bei der NAKOS zu fördern. Wir hatten ein neues Projekt mit der Zielgruppe der jungen Menschen angestrebt, um weitere Entwicklungen anzustoßen.

Für die Mitarbeiter/innen der NAKOS bedeutet der gegenwärtige Stand der Mittelbewilligungen respektive der zu erwartenden Bewilligungen eine enorme Herausforderung. Alle arbeiten aktuell mit reduzierten Stellenanteilen. Die Definition der unter diesen Bedingungen bewältigbaren Aufgaben, zum Beispiel das mögliche Zeitbudget für Telefondienst und Anfragenbeantwortung oder die (aktive!) Teilnahme

an wichtigen Veranstaltungen, müssen wir noch vornehmen, sobald die Projektentwicklungsphase abgeschlossen und die Ressourcenlage klar ist.

Über diese schwierige aktuelle Fördersituation hinaus sind wir im Sinne der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages und auch des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“ grundsätzlich der Auffassung, dass Selbsthilfekontaktstellen wie Freiwilligenagenturen, -zentren und Seniorenbüros zeitgemäße Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung sind. Gemeinsam streben wir eine Basisfinanzierung aus öffentlichen Mitteln an, die um weitere Projektmittel, Stiftungsmittel, Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen, Mittel der gesetzlichen Sozialversicherungen etc. ergänzt werden kann. Die Verbände der engagementfördernden Einrichtungen (bagfa, BaS, DAG SHG, Verbund der FWZ im DCV) haben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben, die Sie auf den Seiten 46-47 in diesem NAKOS INFO finden. |

Ursula Helms



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.

„Auf die Menschen kommt es an“

Akteure und Adressaten der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung
Jahrestagung 2010 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.

Die 32. bundesweite Fachtagung (Jahrestagung 2010) der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. für professionelle Fachkräfte der Selbsthilfeunterstützung findet

vom 31. Mai bis 2. Juni 2010 in Hamburg statt. Sie wird in Zusammenarbeit mit KISS Hamburg durchgeführt. Bei der Tagung werden die Akteurinnen und Akteure bzw. Adressatinnen

und Adressaten der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dadurch soll deutlich werden, wie vielfältig und wie besonders die in der Selbsthilfe handelnden Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation sind. Die Themenstellungen der Selbsthilfe, die Handlungsfelder und Handlungsziele erhalten erst durch die Menschen und ihr Handeln sichtbare und aussagekräftige Konturen. Das betrifft die persönliche Bewältigung von körperlichen und psychischen Erkrankungen und Behinderungen ebenso wie die Entwicklung tragfähiger sozialer Beziehungen in Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft, Freundes- oder Kollegenkreis. Auch die gemeinsame Netzworkebildung, die Kooperation mit Versorgungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Gestaltung von Prozessen des gemeinsamen Lernens, der Gesundheitsförderung und institutioneller Beteiligung sind immer von den Personen und Umständen geprägt. Bei der Tagung wird es Plenarvorträge und -diskussionen, vier Arbeitsgruppen, eine Ideenwerkstatt und ein

Open Space geben. Gegenstand der Arbeitsgruppen ist die Selbsthilfe bestimmter Personengruppen, und zwar von Frauen und Männern, von Migrantinnen und Migranten, von jungen und älteren Menschen und von Angehörigen. Das Ziel ist es, akteurs- bzw. adressatenspezifische Anforderungen bei der Selbstorganisation, bei der Gruppenarbeit, im öffentlichen Auftreten u.ä. sowie entsprechende Unterstützungs- und Kooperationsbedarfe durch Selbsthilfekontaktstellen konzeptionell wie praktisch herauszuarbeiten. Die Tagung wird sich auch mit der zielgruppenspezifischen Ansprache und der aufsuchenden Aktivierung von Menschen befassen, um diese verstärkt für die gemeinschaftliche Selbsthilfe zu gewinnen.

Zu der Tagung wird Ende März eingeladen. Ab dann können Interessierte sich anmelden. |

Kontakt und Information:
Wolfgang Thiel, Margit Wiegand
NAKOS

Bunter, vielseitiger und aktueller

Die NAKOS-Webseite www.nakos.de wurde umgestaltet

Galerien, Filme, Nachrichten und Erfahrungsberichte: Die NAKOS-Webseite www.nakos.de wurde in den vergangenen Monaten gründlich überarbeitet und ist dabei bunter, vielseitiger und aktueller geworden. Für Fachleute und Betroffene gibt es jetzt spezielle

Zugänge zu dem umfassenden Informationsangebot der NAKOS. Die Optik orientiert sich weiterhin an dem bekannten NAKOS-Design, die dahinter stehende Technik wurde optimiert. Die Webseite gliedert sich nun in fünf unterschiedliche Bereiche: Unter

„Schwerpunkte & Projekte“ finden Besucher vielfältige Informationen über die Arbeit der NAKOS. Hier werden laufende Projekte vorgestellt und abgeschlossene dokumentiert sowie besondere Themenbereiche und Arbeitsfelder beschrieben. Ständig aktualisierte Nachrichten und Veranstaltungshinweise sowie Informationen aus dem Feld der Selbsthilfe bietet der Newsticker „Aktuelles & Termine“. Das Herzstück der Webseite bleiben die „NAKOS-Datenbanken“ mit mehr als 1.000 Einträgen zu selbsthilferelevanten Organisationen und Einrichtungen. Neu aufgebaut wurde dagegen der Bereich „Grundlagen & Erfahrungen“. Hier können sich Interessierte über die vielfältigen Möglichkeiten der Selbsthilfe informieren. Sie finden dort zahlreiche persönliche Erfahrungsberichte, die Betroffene über ihr Engagement in Selbsthilfegruppen geschrieben haben. Zudem gibt es Hilfen für die Suche nach einer Selbsthilfegruppe sowie Informationen über die Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen und -organisationen. Der Bereich „Fragen & Fakten“ wendet sich insbesondere an Professionelle, Fachleute und Multiplikator/innen. Hier geht es unter anderem um politische Grundlagen, Förderstrukturen, Kooperationsmöglichkeiten und Sponsoring sowie um Fachinformationen zu Ergebnissen von NAKOS-Befragungen oder um unterschiedliche Zielgruppen wie junge Menschen und Migrant/innen. In der neuen Mediathek können zudem künftig Videos und Audios angesehen und angehört werden, die von der NAKOS oder anderen Einrich-



tungen zum Thema Selbsthilfe entwickelt wurden. In Bild und Ton werden hier nach und nach immer mehr Menschen zu Wort kommen, die sich in der Selbsthilfe engagieren.

Bei der Umgestaltung wurde die NAKOS-Webseite den W3C-Zugangsrichtlinien angepasst, um sicherzustellen, dass das Onlineangebot künftig so weit wie möglich den Kriterien von Barrierefreiheit folgt. Die international gültigen Richtlinien beschreiben, wie Webseiten gestaltet und programmiert werden sollten, damit sie für alle Nutzer/innen zugänglich sind.

In diesem Zusammenhang wurden auch die URLs optimiert, um eine bessere Auffindbarkeit der Seiten durch Suchmaschinen wie Google zu ermöglichen. Dies hat jedoch zur Folge, dass viele alte Links auf Unterseiten unseres Webangebotes nicht mehr funktionieren.

Deshalb bitten wir alle Nutzer/innen unserer Webseite:

Überprüfen und aktualisieren Sie Ihre Lesezeichen (Favoriten) sowie Ihre Verlinkungen zu www.nakos.de. |

Ruth Pons

NAKOS-KAMPAGNE

„Schon mal an Selbsthilfegruppen gedacht?“

Postkarten, Plakate und neue Webseite machen junge Menschen auf Selbsthilfe aufmerksam

„Schon mal an Selbsthilfegruppen gedacht?“ Mit dieser Frage richtet sich die NAKOS im Rahmen einer neuen Kampagne gezielt an jüngere Menschen. Junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren sollen angeregt werden, sich über die Chancen und Möglichkeiten eines Engagements in Selbsthilfegruppen zu informieren. Im Mittelpunkt der Kampagne stehen eine Postkarten-Aktion sowie eine neue Webseite.

Die Materialien wurden im Rahmen des Projekts „Junge Menschen in der Selbsthilfe – Junge Menschen in die Selbsthilfe. Selbstsorge, Sorge und bürgerschaftliches Engagement erschließen“ für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen entwickelt. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Mit zwei Postkartenmotiven in einer Auflage von je 100.000 Exemplaren sowie zwei DIN A2-Plakaten werden die NAKOS und zahlreiche Selbsthilfekontaktstellen in den kommenden Monaten junge Menschen auf ganz unterschiedliche Art und Weise auf die Selbsthilfe neugierig machen und zum Nachdenken anregen.

Die Gratis-Postkarten bieten Platz für Kontaktdaten und weitere Hinweise. Sie sollen bundesweit in Szeneläden, Cafés, Universitäten und an zahlreichen anderen Treffpunkten junger Menschen zum Mitnehmen verteilt



werden. Sie können gesammelt, getauscht, verschickt oder als Dekoration verwendet werden. Die Plakate mit den gleichen Motiven können von den Kontaktstellen für Informationen über besondere Angebote und Veranstaltungen genutzt werden.

Plakate und Postkarten verweisen auf eine Webseite, die junge Menschen auf ansprechende und originelle Art und Weise über Selbsthilfe aufklärt, zur Teilnahme animiert und Informationen über Selbsthilfekontaktstellen bietet. Die Adresse des neuen Internetangebots ist www.schon-mal-an-selbsthilfegruppen-gedacht.de

Dort gibt die Rubrik „Warum Selbsthilfegruppen?“ Einblick in die Vielfalt der Themen und Anlässe, zu denen sich junge oder altersübergreifende Selbsthilfegruppen gründen. In der Rubrik „Gruppen finden“ können Interessierte nach Selbsthilfekontaktstellen in ihrer Region suchen. Wer andere auf die Webseite aufmerksam machen möchte, kann ihnen in der Rubrik „Freunde einladen“ eine E-Card mit lustigen und nachdenklichen Motiven schicken.

Im Zentrum des Webangebots steht die Rubrik „So und auch ganz anders“.



Hier kommen junge Menschen selbst zu Wort. Sie stellen ihre Selbsthilfegruppen vor und berichten in ihrer

eigenen Sprache von ihren Erfahrungen und Aktivitäten. Da sind zum Beispiel die Ulmer Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Epilepsie, die zusammen ein Buch über ihr Leben mit der Krankheit geschrieben haben. Oder die Selbsthilfegruppe ADS-FREAKS junger Menschen mit Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom, die sich selbst „jung, chaotisch und kreativ“ nennen. |

NAKOS INFO Red.

Junge Menschen ansprechen und motivieren

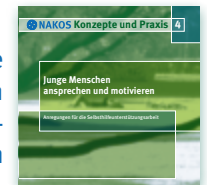
Im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts „Junge Menschen in der Selbsthilfe – Junge Menschen in die Selbsthilfe“ hat sich die NAKOS mit der Zielgruppe der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren befasst. Wir haben Kontaktstellen und Organisationen der Selbsthilfe nach ihren Erfahrungen befragt und wissenschaftliche Literatur und Praxiserkenntnisse ausgewertet. Wir haben uns angeschaut, wie andere Organisationen für ein Engagement junger Menschen werben und außerdem Gespräche mit jungen Menschen zum Thema geführt – sowohl mit solchen, die in Gruppen aktiv sind, als auch mit solchen, die andere Formen der Problembearbeitung gewählt haben.

Natürlich ist es problematisch, über eine so große und heterogene Gruppe (für die Bundesrepublik wären das ca. 11,8 Millionen Menschen) und ihr Engagement in der Selbsthilfe

allgemeingültige Aussagen zu treffen. Dennoch haben sich – sowohl was Arbeitsformen angeht als auch was die Ansprache dieser Altersgruppe betrifft – Aspekte herauskristallisiert, die unserer Ansicht nach für viele Bereiche der Selbsthilfe Gültigkeit haben.

Praxishilfe

Mit der Praxishilfe „Junge Menschen ansprechen und motivieren – Anregungen für die Selbsthilfeunterstützungsarbeit“ (NAKOS-Reihe Konzepte und Praxis Band 4) möchten wir die gesammelten Hinweise als Anregung für die Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen, -gruppen und -organisationen zur Verfügung stellen. Die Broschüre zeigt bewährte Arbeitsformen und Strategien auf und gibt Tipps für eine zielgruppengerechte Ansprache junger Menschen.



Download der Praxishilfe im Internet unter:
<http://www.nakos.de/site/materialien/fachinformationen/konzepte>



Galerie der guten Beispiele

In einer Galerie stellen wir auf www.nakos.de zudem Elemente einer gelungenen Ansprache junger Menschen im Bereich der Selbsthilfe und anderer

sozialer Organisationen vor. Wir zeigen speziell gestaltete Informationsmaterialien (z.B. Faltblätter, Postkarten oder Plakate) sowie interessante Kampagnen, Projekte und Initiativen und beschreiben die dahinter stehenden Konzepte, mit denen spezielle Zielgruppen für ein bürgerschaftliches Engagement in Selbsthilfegruppen und sozialen Organisationen gewonnen werden sollen. |

Galerie der guten Beispiele im Internet unter:

<http://www.nakos.de/site/schwerpunkte-und-projekte/2009/junge-menschen/galerie/>

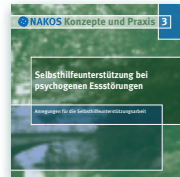
Ruth Pons, Miriam Walther

DRITTER BAND DER NAKOS-REIHE KONZEPTE UND PRAXIS Selbsthilfeunterstützung bei psychogenen Essstörungen

In der Broschüre „Selbsthilfeunterstützung bei psychogenen Essstörungen“ werden die besonderen Chancen von Selbsthilfegruppen bei Essstörungen erläutert und Hinweise zum Gruppensetting, zum Umgang mit schwierigen Gruppensituationen sowie unterstützende Regeln für die Gruppenarbeit gegeben. Die Praxishilfe richtet sich vor allem an die Mitarbeiter/innen von Selbsthilfekontaktstellen und von anderen professionellen Einrichtungen (z.B. Fachkliniken), die Selbsthilfegruppen unterstützen oder mit ihnen arbeiten. Die Broschüre kann aber auch als Aufklärungshilfe genutzt werden. Betroffene wie Angehörige

erhalten so Gelegenheit, Wichtiges zum Krankheitsbild und zur Arbeitsweise von Selbsthilfegruppen zu erfahren. Diese Praxishilfe wurde inhaltlich erstellt von dem Beratungszentrum bei Ess-Störungen „Dick & Dünn“ in Berlin und von Mitarbeiter/innen der NAKOS redaktionell bearbeitet. Sie wird demnächst an alle Selbsthilfekontaktstellen und -Unterstützungseinrichtungen versandt. Weitere Exemplare können bei Bedarf gegen Übernahme der Portokosten angefordert werden. |

NAKOS INFO Red.



Facetten der Kontaktstellenarbeit 1

Seit Juni 2009 haben wir dem NAKOS INFO mit der Bildung eines Schwerpunkts für jedes Heft ein neues Profil gegeben. Diesmal geht es um „Facetten der Kontaktstellenarbeit“. Gezielt wurden einige Selbsthilfekontaktstellen angesprochen, spezielle Praxisansätze und -projekte darzustellen. Deutlich wird, wie vielfältig und differenziert Aktivitäten über die Kernaufgaben der Selbsthilfeunterstützung hinaus realisiert werden.

Den Kolleginnen, die dafür Beiträge verfasst haben, möchte ich sehr herzlich danken, und alle, die Lust dazu haben, zu einem Beitrag für „Facetten der Kontaktstellenarbeit 2“ aufrufen – denn die Resonanz auf unsere Ansprache war so positiv, dass wir sie wiederholen und ein Forum für weitere Praxis- und Projektbeispiele bieten wollen.

Der Schwerpunkt des nächsten INFOs wird auf dem Thema „Junge Menschen und Selbsthilfe“ liegen. |

Wolfgang Thiel

Soziale Arbeit und Selbsthilfe

Das „Modellprojekt Soziale Selbsthilfe“ in München

Das Modellprojekt „Soziale Selbsthilfe“ ist eine vom Selbsthilfebeirat sowie von Stadtrat und Sozialreferat der Landeshauptstadt München getragene Initiative zur Förderung der sozialen Selbsthilfe. Durch die verstärkte Förderung der Gesundheitsselbsthilfe über die Krankenkassen entstand eine neue Situation, dass die soziale Selbsthilfe eine neue Aufmerksamkeit erhalten muss, da noch zu wenige soziale Einrichtungen die Förderung von Selbsthilfe in ihrer Konzeption ausweisen, sie zur Bewältigung dieser Aufgabe aber offenbar Unterstützung benötigen. Die Unterscheidung zwischen gesundheitlicher und sozialer Selbsthilfe erscheint in der Praxis zwar als sehr schematisch und verschleiert den Umstand, dass soziale Themen in allen Selbsthilfegruppen

Gegenstand sind. Aber die unterschiedlichen Zugänge nach gesundheitlichen oder sozialen Themen sowie die Fördersituation machen es erforderlich, die Differenzierungen in der Selbsthilfe systematischer in den Blick zu nehmen.

Das Modellprojekt „Soziale Selbsthilfe“ verfolgt diese Entwicklungen seit 2007, erarbeitete eine Bestandsaufnahme mit 30 Interviews, die unter verschiedenen Fragestellungen ausgewertet werden. 2009 fand der unten genannte Fachtag statt, aus dem heraus 2010 und 2011 exemplarische Ansätze zur Selbsthilfeunterstützung mit ca. sechs sozialen Einrichtungen entwickelt und durchgeführt werden. Hieraus entstehen modellhaft Handlungsleitlinien für soziale Einrichtungen, wie Selbsthilfe und

Selbstorganisation Bestandteile der sozialen Arbeit sein können.

Die angestrebten Ergebnisse des Modellprojektes werden substantielle Beiträge auf mehreren Ebenen liefern, die sowohl für die Selbsthilfepraxis und ihre begleitenden Institutionen sowie für die Handlungsfelder der professionellen sozialen Arbeit unmittelbar gewinnbringend sein werden. Folgender Zielkatalog gilt für die gesamte Projektlaufzeit bis 2012:

- Dokumentation der Münchner Entwicklungen in der sozialen Selbsthilfe mit besonderem Blick auf relevante Handlungsfelder der sozialen Arbeit
- Weiterentwicklung der Praxis vor Ort sowie der entsprechenden Förder- / Rahmenbedingungen
- Erfassung und Begleitung modellhafter, neuer Formen der sozialen Selbsthilfe
- Konzeptionelle Beratung und Begleitung von Trägern, Einrichtungen und Projekten der Selbsthilfe sowie von Akteuren der professionellen sozialen Arbeit
- Entwicklung innovativer Modellprojekte „Selbsthilfe und soziale Arbeit“
- Initiierung eines nachhaltigen fachlichen Austausches in Form des Auf- bzw. Ausbaus und der Pflege eines Netzwerkes an der Schnittstelle „Profi-System und soziale Selbsthilfe“
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Stadtgesellschaft bzw. für das Sozialreferat.

Das Modellprojekt leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Grundlagenforschung innerhalb der Sozialarbeitswissenschaften, indem der Frage nachgegangen wird, wie sich am Beispiel der Landeshauptstadt München das historisch wechselhafte und durchaus ambivalente Verhältnis der Profession „Soziale Arbeit“ zur Selbsthilfe durch zivilgesellschaftliche und sozial- und kommunalpolitische Veränderungen verändert (hat) und neu justiert. Daran anschließend ergeben sich für Theorie und Praxis nutzbar zu machende Antworten auf folgende Fragen:

- Wie kann das Verhältnis von Selbsthilfe und professionellen Fachkräften der sozialen Arbeit optimiert und gestärkt werden, ohne die jeweiligen Mandate und Begrenzungen zu vernachlässigen?
- Wie hat sich das Selbstverständnis von Selbsthilfe verändert, und welcher Stellenwert kommt der Selbsthilfe unter dem weiter gefassten „Dach“ des bürgerschaftlichen Engagements zu?
- Welche Kompetenzen benötigen Selbsthilfeakteure (Bürgerinnen und Bürger als Freiwillige und als Professionelle) für ein Engagement und für die Zusammenarbeit mit dem Profi-System? Welche Rahmenbedingungen müssen dazu gegeben sein?
- Wo liegen die Chancen und Grenzen der Kooperation von Selbsthilfe und professioneller sozialer Arbeit?

Die Ergebnisse des Modellprojektes und die Erfahrungen mit den gewählten Methoden sollen sowohl in die Fachdiskurse im kommunalen und überregionalen Kontext sowie in die Hochschulausbildung einfließen.



„Zutrauen in Eigeninitiative“ – ein Fachtag des Modellprojektes

Am 9. Oktober 2009 fand im Selbsthilfezentrum München (SHZ) hierzu ein erster Fachtag statt. Eingeladen waren Fachkräfte aus sozialen Einrichtungen, die eine stärkere Verankerung von selbstorganisierten Aktivitäten der Nutzer/innen in ihren Arbeitsfeldern anstreben und hierzu fachliche Unterstützung suchen. Neben der Präsentation von bereits gelungenen Beispielen konzeptioneller Verankerung von Selbsthilfe im „Frauentherapiezentrum“, bei der „Münchner Aktionswerkstatt G´undheit“ und bei „Wohnforum München“ wurden in Arbeitsgruppen die Ansätze des Modellprojektes diskutiert. Zum Fachtag kamen ca. 50 Teilnehmer/innen überwiegend aus München und Umgebung, zumeist als Vertreter/innen sozialer Einrichtungen aus den Bereichen Arbeitslosigkeit, Familie, Kinder / Jugend, Migration und „Quartiersbezogene Bewohnerarbeit“.

Ergänzt wurde der Teilnehmerkreis durch einige Hochschulangehörige von Universitäten, die nicht direkt am Modellprojekt beteiligt sind sowie durch die Mitarbeiter/innen des Sozialreferates, die auf unterschiedlichen Ebenen mit dem Thema befasst sind. Insofern war hier eine breite Fachlichkeit anwesend – für angelegte Diskussionen und Austausch, für die Herausarbeitung wichtiger Erkenntnisse zur Unterstützung von Selbsthilfe.

Erste Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung

Der Fachtag diente unter anderem dazu, eine Zwischenbilanz der Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung vorzulegen. Das Modellprojekt leistet nach Einschätzung der Beteiligten einen Beitrag zur wissenschaftlich gestützten Praxisentwicklung. Angelika Simeth, Vertreterin des Sozialreferates der Landeshauptstadt München, betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung des Themas „Selbsthilfeunterstützung“ in der Landeshauptstadt und verwies dabei auf die in die 1990er Jahre zurückreichende Tradition entsprechender Forschungsprojekte, die im Selbsthilfezentrum München durchgeführt wurden.

Burkhard Hill, Professor an der Hochschule München, skizzierte Zwischenergebnisse des Modellprojektes. Als Erstes sei deutlich geworden, dass in der Selbsthilfe ein Generationenwechsel stattfindet. Die „Gründergeneration“ trete langsam zurück, und die „nachwachsende“ Generation habe

teilweise ein anderes, viel pragmatischeres Verhältnis zu selbstorganisierten Aktivitäten, die häufig im Sinne von gemeinsamen Bewältigungsstrategien angelegt seien, ohne darüber hinausreichende (politische) Ziele zu verfolgen. Bei der Untersuchung von „Selbsthilfekompetenzen“ habe der Verbund beobachten können, dass von den Engagierten einige Kompetenzen mitgebracht werden müssten, damit sie ihre Interessen verwirklichen könnten. Selbsthilfe sei kein Selbstläufer, sondern benötige im Sinne von Kontinuitätssicherung und Beratung / Begleitung eine professionelle Unterstützung.

Daran anschließend schärfte Gabriela Zink, Professorin an der Hochschule München, den Blick für zukünftige Aufgaben der Selbsthilfeunterstützung. Selbsthilfe unter dem Dach des bürgerschaftlichen Engagements müsse mit ihrer Besonderheit schärfer konturiert werden, nämlich dass sich Menschen hier selbst organisierten, um „besonders in Zeiten biografischer Übergänge und kritischer Lebensereignisse in Form ‚sorgender Netze‘ Rückhalt zu organisieren und an der Bewältigung kritischer Lebensphasen zu arbeiten“. Es gelte zukünftig, die Profilierung der Chancen und Grenzen von Selbsthilfe voranzutreiben und das Methodenrepertoire der Selbsthilfearbeit besser herauszustellen. Hier könne das Modellprojekt als Theorie-Praxis-Verbund einen guten Beitrag zur Förderung des Dialogs mit der Praxis liefern.

Ein weiteres Ergebnis wird im Projektverbund darin gesehen, dass

das Selbsthilfezentrum München in Bezug auf die soziale Selbsthilfe neue Kooperationen beginnt und sich stärker auch im Bereich dezentraler Ansätze in sozialen Einrichtungen vor Ort öffnet. Forschung und Projektentwicklung gingen diesbezüglich im Sinne von Praxisforschung Hand in Hand.

Kooperationsprojekte 2010 / 2011

Eva Kreling, Projektleitung des Modellprojekts im SHZ, und Erich Eisenstecken, im SHZ zuständig für soziale Selbsthilfe, zeigten während des Fachtages die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschule, Selbsthilfezentrum und sozialen Einrichtungen auf. In München engagierten sich ca. 300 Gruppen im Bereich der sozialen Selbsthilfe, davon ca. 90 im Selbsthilfezentrum. Dennoch sei man nach den vorläufigen Analysen davon überzeugt, dass durch die dezentrale Unterstützung der Einrichtungen im Hinblick auf Selbsthilfe weitere Gruppen entstehen könnten, die unmittelbar die soziale Arbeit vor Ort bereichern. So war ein Ergebnis des Fachtages, dass das SHZ und die Hochschule 2010 und 2011 mit folgenden Einrichtungen exemplarisch Kooperationen durchführen und auswerten:

– „Nachbarschaftstreff Ackermannbogen“ sowie „Wohnforum“ als Träger von 9 Bewohnertreffs, in denen selbstorganisierte Projekte der Bewohner realisiert werden (Konzept „Quartiersbezogene Bewohnerarbeit“ der LHM)

- „SOS Kinder- und Familientreff“ mit Anbindung an den Stadtteil Riem, indem das SHZ dezentrale Selbsthilfeunterstützung erprobt
- „Münchner Aktionswerkstatt G´undheit“, ein „Alten- und Servicezentrum der Caritas“ sowie das „Caritas-Zentrum Innenstadt“ mit den sozialen Diensten und evt. die „Milbertshofer Kinder- und Jugendarbeit“.

Ausblick

Als Ergebnis will das Modellprojekt einige exemplarische Arbeitsansätze der Förderung sozialer Selbsthilfe in Kooperation mit sozialen Einrichtungen in München dokumentieren. Dazu sollen auch die erforderlichen Arbeitsmaterialien (Arbeitshilfen und Materialien für Workshops und Teambesprechungen) zusammengestellt werden. Zusammen mit einigen Veröffentlichungen zur Einbindung der sozialen Selbsthilfe in das bürgerschaftliche Engagement sowie zu Selbsthilfekompetenzen, die in den Selbsthilfegruppenjahrbüchern 2009 und 2010 bzw. als Themenheft in der NAKOS EXTRA-Reihe publiziert wurden / werden, leistet das Modellprojekt auch einen Beitrag zur allgemeinen Fachdiskussion. Die Dokumentation zur Auswertung der Münchner Bestandsaufnahme zur Selbsthilfe (anhand von 30 Experteninterviews) steht noch aus. Ergänzend werden einige Diplom- und Masterarbeiten zum Thema erarbeitet, die sich insbesondere mit der Standortbestimmung und Weiterentwicklung der Selbsthilfe / Selbstorganisation



Der Projektverbund besteht aus (v.l.n.r): Erich Eisenstecken, Eva Kreling, Prof. Burkhard Hill, Prof. Gabriela Zink, Klaus Grothe-Bortlik. Nicht im Bild: Cornelia Hönigschmid, wissenschaftliche Mitarbeiterin

im Kontext der sozialen Arbeit auseinandersetzen. Angesichts der geringen Mittelausstattung aus dem kommunalen Selbsthilfeförderungstopf ist das schon jetzt eine beachtliche Bilanz, die auf das außerordentliche Engagement aller Beteiligten zurückzuführen ist. |

Eva Kreling, Prof. Burkhard Hill
 Prof. Gabriela Zink
 im Auftrag des Projektverbundes
 „Modellprojekt Soziale Selbsthilfe“
 c/o Selbsthilfezentrum München
 Westendstraße 68
 80339 München
 Tel: 089 / 53 29 56-11
 Fax: 089 / 53 29 56-41,
 089 / 53 29 56-49
 E-Mail: info@shz-muenchen.de
 Internet: <http://www.shz-muenchen.de>

Psychisch krank, und nun?

Wege zur seelischen Gesundheit

Das Aufgabenprofil

Die KIBIS im Gesundheitszentrum Göttingen bietet seit 1991 für die Bürgerinnen und Bürger konkrete Hilfe zur Selbsthilfe an. Das klassische Aufgabenprofil umfasst die Informations-, Beratungs-, Kontakt- und Vernetzungsarbeit für Menschen, die aktiv ihre Lebenssituationen verändern wollen. Die unabhängige Beratung erfolgt persönlich und konkret. Wir erarbeiten gemeinsam mit den Ratsuchenden individuelle Schritte, z.B. die Herstellung eines Kontaktes zu einer bestehenden Selbsthilfegruppe, um eine Integration zu ermöglichen oder die Erläuterungen der Rahmenbedingungen für die Neugründung einer Gruppe. Ferner vermitteln wir auch im Bedarfsfall gezielt an Professionelle Unterstützungsangebote.

Der Beratungsbedarf wächst

In den letzten Jahren suchen vermehrt Menschen mit seelischen Problemen Unterstützung und Hilfe. Die zunehmende Inanspruchnahme unserer Beratungszeiten von Menschen mit psychischen und psychiatrischen Erkrankungen bestätigt diese Wahrnehmung. Aufgrund dieser Situation haben wir unser Arbeitskonzept der Bedarfslage angepasst. Bestand früher der Schwerpunkt der Arbeit darin, zielgerichtet selbsthilfeinteressierte und engagierte Menschen in bestehende SHG zu integrieren oder mit ihnen neue Gruppen aufzubauen, so



ist heute der Ansatz ‚niedrigschwelliger‘, denn im Gegensatz zu früher kommen die Ratsuchenden heutzutage oft ohne klare Vorstellungen und Ziele. Dies hat zur Folge, dass in unseren Beratungsgesprächen die Klärung der Bedürfnisse und Wünsche mit den Betroffenen geleistet werden muss. So hat es sich als hilfreich erwiesen, den Betroffenen umfassende Basisinformationen zu geben und im hohen Maße Motivationsarbeit zu leisten. Das beinhaltet die Erläuterung von Hintergründen zur seelischen Gesundheit, psychotherapeutische Unterstützungsmöglichkeiten und Wege zur Selbststabilisierung. Wesentlich ausführlicher werden die Werte und die Merkmale von Selbsthilfegruppen dargestellt und die einzelnen Zugangswege zu bestehenden Selbsthilfegruppen aufgezeigt. Ermutigungen, auch kleine Schritte in der Selbststabilisierung wahrzunehmen und schätzen zu lernen, dürfen dabei nicht fehlen.

Netzwerke und Kooperationen

Parallel zu unserem veränderten Beratungskonzept im Schwerpunkt „Seelische Gesundheit“ haben wir über Jahre in der Kooperations- und Netzwerkarbeit einen neuen Ansatz der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Betroffenen, Angehörigen und Profis konzipiert. Unser dialogisches Netzwerk (Dialog zu Dritt) besteht aus erfahrenen Experten in eigener Sache (psychisch erkrankte Betroffene, überwiegend langjährige

Selbsthilfgruppenmitglieder), Angehörigen und Profis aus dem Gesundheitswesen, die gleichberechtigt und eng miteinander arbeiten. Die Schwerpunkte und Zielsetzungen sind intensive Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit zur Enttabuisierung von seelischen Erkrankungen. Bei den Veranstaltungen werden jeweils die unterschiedlichen Blickwinkel und Sichtweisen durch Betroffene, Angehörige und Profis dargestellt.

Stellenwert der dialogischen Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit aller Beteiligten war und ist ein spannender und lehrreicher Prozess, weil jeder aus seinem speziellen Blickwinkel seinen Beitrag zum Ganzen leistet. Dieses ist sicherlich auch auf andere Themenschwerpunkte übertragbar und wäre wünschenswert. Die jahrelange gleichberechtigte Kommunikation und Kooperation zwischen Betroffenen, Angehörigen und Professionellen hat sich in der Praxis als sehr wertvoll erwiesen. Sie ermöglicht allen Beteiligten ein wechselseitiges Lernen und führt zu einem ganzheitlichen Verständnis von seelischen Erkrankungen. Nur durch eine gezielte intensive Kooperation, Koordination und Kommunikation aller Akteure kann nach unserer Meinung ein auf die Bedürfnisse aller Beteiligten zugeschnittenes dialogisches sozialpsychiatrisches Netzwerk für eine Region weiterentwickelt werden.

Das Göttinger Psychoseseminar war das erste konkrete Ergebnis dieser Zusammenarbeit und findet seit 10

Jahren alljährlich statt. Bis heute ist es eine gegenseitig befruchtete Zusammenarbeit, aus der eine Vielzahl von Projekten entstanden ist, unter anderem das Filmfestival ‚Ausnahmezustand‘ in Kooperation mit einem regionalen Kino, die Ausstellung ‚Glück und Krisen – Wege zur seelischen Gesundheit‘ und das Schulprojekt ‚Verrückt? Na und! – Es ist stark über seelische Probleme zu reden‘. Inzwischen ist die Initiativgruppe Göttinger Psychoseseminar eine Arbeitsgemeinschaft im Sozialpsychiatrischen Verbund.

Handbuch und Wegweiser

Der Wunsch vieler Ratsuchender nach umfassenden und verständlichen Informationen führte 2007 zu der Idee, einen Wegweiser zu erstellen. Ursprünglich war der Gedanke, alle Unterstützungsangebote (Selbsthilfegruppen, sozial-psychiatrische Beratungsstellen, Ärzte, Kliniken) aufzulisten und als Wegweiser herauszugeben. In Gesprächen mit Betroffenen und Angehörigen stellte sich aber heraus, dass dieses nicht ausreichte, weil ein großer Bedarf an inhaltlicher Information offensichtlich wurde und eine Erweiterung des Wegweisers erwünscht und erforderlich war. So erschien Ende 2007 ein Handbuch, das den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung trägt und neben der Auflistung von Kontaktadressen umfassend über psychische Erkrankungen, Selbsthilfekonzepte, Rehabilitations- und Rechtsfragen informiert und auch bewährte Anregungen zur Selbststabilisierung gibt.

Exemplarisch aus dem Inhalt des Handbuches (Stand 2008):

- Hilfe in akuten psychischen Krisen
- Behandlung (medizinische Versorgung, Psychotherapie, alternative Methoden)
- Zusammenarbeit im Trialog, Selbsthilfe für Erkrankte, Angehörige und Professionelle
- Beratung und Unterstützung im Alltag, Wohnen
- (Über-)Leben mit wenig Geld, Arbeit, Reha, Rente
- aktive Freizeit
- Rechte (Betreuung, Patientenrechte, Zwangseinweisung)
- Literatur, Internetadressen.

Das 160seitige Handbuch wurde von der Selbsthilfegruppe für ‚Psychose-Erfahrene‘, der ‚Angehörigengruppe psychisch Kranker‘ und der Selbsthilfegruppe ‚Erwachsene Kinder psychisch kranker Eltern‘ in Kooperation mit der KIBIS und dem Sozialpsychiatrischen Dienst herausgegeben und in Zusammenarbeit mit den Buchhandlungen vor Ort mit einer Schutzgebühr von 2,- Euro an interessierten Menschen weitergereicht. Dankbar wurde dieses Buch von betroffenen Menschen als Orientierungshilfe und von Gesundheitsprofis als Arbeitshilfe für ihre Unterstützungsarbeit angenommen. Inzwischen gibt es nur noch Restexemplare und in diesem Jahr ist eine aktualisierte Neuauflage geplant. Unser Wegweiser wurde speziell auf Stadt und Landkreis Göttingen zugeschnitten, wir hoffen aber, viele Nachahmer zu finden, die das Grundkonzept für Ihre Bedürfnisse – in den einzelnen

Städten, Stadtteilen oder Gemeinden – umgestalten! Interessierte können bei der KIBIS Göttingen kostenlos ein Belegexemplar anfordern.

In der Öffentlichkeit bekommen wir eine positive Resonanz auf unsere Angebote. Die kontinuierliche gemeinsame Arbeit hat über den Kreis der einzelnen Projekte hinaus sehr zu einer engeren Vernetzung von Betroffenen, Angehörigen und Profis beigetragen. Zunehmend werden betroffene Menschen gezielter und individueller in Kooperation mit allen Unterstützerinnen und Unterstützern begleitet. |

Barbara Meskemper

Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich
 – KIBIS im Gesundheitszentrum Göttingen e.V.
 Lange-Geismar-Straße 82
 37073 Göttingen
 Tel: 05 51 / 48 67 66
 Fax: 05 51 / 427 59
 E-Mail: gesundheitszentrum-goe@t-online.de
 Internet: <http://www.selbsthilfe-goettingen.de>

Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppe für Psychose-Erfahrene: Psychisch krank – und nun? Handbuch und Wegweiser für psychisch Erkrankte, deren Angehörige und im sozial-psychiatrischen Bereich Tätige. Göttingen [circa] 2007. Bezug: Göttinger Gesundheitszentrum. Albanikirchhof 4-5, 37073 Göttingen. Tel: 0551 / 48 67 66 E-Mail: gesundheitszentrum-goe@t-online.de. Internet: <http://www.gesundheitszentrum-goe.de>



Selbstorganisation im Generationenwandel

SEKIS in Berlin unterstützt die Selbsthilfe älterer Menschen



In einer Gesellschaft, in der Menschen länger gesund älter werden und erst in einem wesentlich höheren Alter auf Hilfe und Pflege angewiesen sind, stellen sich auch für die Selbsthilfe und die Formen der Selbstorganisation ganz neue Fragen. Diese will SEKIS in einem Angebot aufgreifen, das sich „Kontaktstelle – Selbstorganisation im Generationenwandel“ nennt. Damit soll Initiativen und Themen Raum eingeräumt werden, die sich um Aspekte des Älterwerdens, der veränderten Familienkonstellationen, der Rolle von Angehörigen, der Wohnformen im Alter und der Pflege drehen. Immer wollen wir dabei den Blick auf die Selbstbestimmung und die Chancen für mehr Autonomie auch in veränderten Alterkonstellationen richten. Die „Kontaktstelle – Selbstorganisation im Generationenwandel“ dokumentiert dazu die relevanten Selbsthilfegruppen und Organisationen und arbeitet in Netzwerken mit, die sich ebenfalls den Fragen des Generationenwandels stellen.

Im ersten Jahr dieser Arbeit standen die Fragen des Wohnens im Alter im Mittelpunkt. Anknüpfungspunkt dafür war ein von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft, Technologie und Frauen für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie für Integration, Arbeit und Soziales gemeinsam erarbeitetes „Demografiekonzept für

Berlin“, das im Juni 2009 vorgestellt wurde. Mit der Beteiligung der unterschiedlichen Senatsverwaltungen wird deutlich gemacht, dass es sich beim Thema „Generationenwandel“ um ein Querschnittsthema handelt. Auch in diesem Diskussionsvorschlag für eine neue Landespolitik wird das Ziel eines „möglichst langen Verbleibs in selbstbestimmten Wohnformen und generationsgemischten Nachbarschaften“ betont (Demografiekonzept, S. 32). Auch im Gespräch mit einschlägigen Selbsthilfeinitiativen z.B. von Senioren oder pflegenden Angehörigen zeigt sich, dass das Wohnen in den eigenen vier Wänden – und möglichst lange in eigener Regie – bei Vielen hohe Priorität hat. Lebensplanung wird danach ausgerichtet. Aber nicht immer lässt es sich realisieren. Und das wissen die Aktiven in Gruppen auch. Deshalb beginnen immer mehr ältere Menschen oder absehbar älter werdende Menschen nach Alternativen zu einer möglichen Heimunterbringung Ausschau zu halten. Um das Angebot und die Möglichkeiten von Autonomie und Selbstbestimmung hierbei in den Fokus zu rücken, hat sich die „Kontaktstelle – Selbstorganisation im Generationenwandel“ mit Seniorenwohnhäusern, Service-Wohnen oder den unterschiedlichen Angeboten des „Betreuten Wohnens“, Konzepten zum „Gemeinschaftlichen Wohnen von Jung und Alt unter einem Dach“ oder auch mit ambulant

betreuten Wohngemeinschaften beschäftigt. Viele Aktive wollen aber vor allem über Wohngemeinschaften mit Gleichgesinnten nachdenken und dazu etwas wissen.

In einem Workshop wurden die verschiedenen Modelle vorgestellt und diskutiert. Jede dieser Wohnform hat unterschiedliche Bezüge zu Unterstützungssystemen, hat Regeln, Verpflichtungen, Verträge. Sichtbar wurde, dass selbstbestimmtes Wohnen im Alter vor allem zur Voraussetzung hat, dass man andere Gleichgesinnte hat und dann aber Zugang zu den verfügbaren Informationen über Angebote und Rahmenbedingungen findet.

Bei der Veranstaltung im November 2009 konnten Referenten und Akteure gewonnen werden zu den Themen: „Wohnen in eigener Wohnung – Selbstbestimmung bis ins hohe Alter“. Hier haben vor allem die in Berlin modellhaft eingerichteten „Koordinierungsstellen rund ums Alter“ das Beratungsangebot dargestellt, das Familien und älteren Menschen Wissen verfügbar macht, was alles getan werden kann, um in der eigenen Wohnung alt zu werden: von der Wohnraumanpassung bis zu finanziellen Unterstützungen. Neue Wege des gemeinsamen Wohnens im Alter können auch besprochen werden, wenn man sich mit anderen eine Wohnform sucht, die z.B. in Gemeinnützigen Baugenossenschaften zunehmend angeboten wird.

Vorgestellt wurden weiterhin die Projekte „Allein Wohnen in Gemeinschaft – Selbstorganisiertes Wohnprojekt in

Neukölln“ und die Netzwerkagentur „GenerationenWohnen“, ein Beratungsprojekt, das aus der Bewegung der selbstorganisierten Hausprojekte und aus der Hausbesetzerbewegung hervorgegangen ist.

Für diejenigen, die schon mit einer Krankheit fertig werden müssen, wurde das Modell „Selbstbestimmtes Wohnen in einer Wohngemeinschaft für Demenzerkrankte“ – am Beispiel des Projekts SWA dargestellt.

Die Veranstaltung hatte einen informativen und einen vernetzenden Charakter. Die Referentinnen und der Referent stellten nicht nur ihr Themenfeld vor, sondern standen Rede und Antwort in einer lebendigen Diskussion. Zahlreiche Interessierte an einer Gruppengründung zum Thema „gemeinschaftliches Wohnen“ trugen sich in eine Liste ein, aus der sich anschließend schon ein erstes Treffen ergab.

Die Diskussionen um die „Kontaktstelle Selbstorganisation im Generationenwandel“ machen deutlich, dass es „Das Alter“ nicht gibt und dass es weniger um älter werdende Menschen allgemein geht, sondern dass die besonderen Lebensentwürfe und Lebenswelten Ausgangspunkt der Debatten sein müssen. Ein erster Schritt für die Entwicklung neuer Formen des selbstbestimmten Miteinanders in einer älter werdenden Gesellschaft muss vorhandene Angebote zur Selbsthilfe, im Ehrenamt, der Pflege, von Freizeitangeboten und kreativen Aktivitäten zunächst sichtbar machen und das Wissen

dazu bündeln. Allein die Kenntnis der unterschiedlichen Möglichkeiten ist – so zeigt die Veranstaltung – schon eine Gelegenheit für Initiative. Da es immer wieder Gruppen und Projekte für das gemeinschaftliche Wohnen im Alter gibt, die auch scheitern, gilt es allerdings auch, die Erfahrungen bei der Realisierung geplanter Vorhaben zu betrachten und auszutauschen. Auch dafür soll Raum geschaffen werden, so die Verständigung der Teilnehmenden.

Für die Arbeit der „Kontaktstelle Selbstorganisation im Generationenwandel“ zeigt sich aber auch, dass eine solche Anlaufstelle für aktive Alte auch Fragen beantworten soll, die sich um das Miteinander im Alter überhaupt stellen. Deshalb dokumentiert die Kontaktstelle weitaus mehr Adressen als die von Gruppen und Organisationen. Der so entstandene Netzwerkknoten zum Generationenwandel will nicht selber Angebote der klassischen Altenhilfe übernehmen. Aber mit dem Fokus „Selbstbestimmung und Selbstorganisation“ müssen auch Fragen beantwortet werden oder an einschlägige Stellen weitergegeben werden wie:

- Wo erfahre ich etwas über eine Patientenverfügung?
- Wer berät zu ambulanter Pflege?
- Wie finde ich Unterstützung für meine psychisch kranke alte Mutter und die richtigen Medikamente für sie?
- Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um ein Heim als „gutes Heim“ auszuweisen?

- Was leistet ein Mobilitätshilfedienst?
- Wo ist eine Wander-Selbsthilfegruppe, wohin bringe ich meine 90-jährige Mutter, wenn ich selbst nicht mehr kann, wo finde ich ein Sportangebot für Herzranke, wo bekomme ich einen Schwerbehindertenausweis, wer bietet Computerkurse für Ältere an ...?

Mit dem Angebot der Kontaktstelle zeigt sich auch, dass ältere Bürgerinnen und Bürger Einbindung in die Gesellschaft suchen. Die Lebensperiode nach Abschluss der Erwerbstätigkeit wird als die dritte Lebensphase bezeichnet. Sie wird als eine Phase dargestellt, in der die „neuen Alten“ noch mit viel Kompetenz und Energie ihren Platz in der Gemeinschaft suchen. Bei dieser Suche wird aber deutlich, wie unterschiedlich die Menschen in der Lage sind, Möglichkeiten z.B. des Ehrenamtes zu nutzen. Möglichkeiten zu nutzen setzt voraus, dass man sich kommunikativ und aktiv auf den Weg macht. Auffällig ist, dass die Menschen, die sich einsam fühlen und weniger in ein lebendiges Netz eingebunden sind, wesentlich mehr Unterstützung brauchen als andere. Hilfe bei der selbstbestimmten Gestaltung des Lebens im Alter erfordert daher auch unterschiedliche Formen bei der Vermittlung in das bürgerschaftliche Engagement. Die Thematisierung von Fragen der Wohn- und Lebensperspektiven ist dabei ebenso ein Anknüpfungspunkt wie die Fragen der Beteiligung in den verschiedenen Gremien der Interessenvertretung

Älterer. Das soll Thema der nächsten Runde der „Kontaktstelle Selbstorganisation im Generationenwandel“ sein. |

Renate Boeck
Kontaktstelle Selbstorganisation im
Generationenwandel Berlin

Selbsthilfe Kontakt- und
Informationsstelle – SEKIS
Albrecht-Achilles-Straße 65
10709 Berlin
Tel: 030 / 890 285 32
Fax: 030 / 89 02 85-40
E-Mail: sekis@sekis-berlin.de
Internet: <http://www.sekis-berlin.de>

Rechtliche Rahmenbedingungen für Selbsthilfegruppen

Die Selbsthilfegruppe als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts

Rahmenbedingungen für Selbsthilfegruppen hatte bereits die Enquêtekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in ihrem Abschlussbericht im Jahr 2002 benannt. Als wichtig wurde der Aufbau von engagementfördernder „Infrastruktur“ wie Selbsthilfezentren, Koordinationsstellen auf Landes- und Bundesebene erkannt. Im Gesundheitswesen, so die Enquêtekommission, sollte das Mitsprache- und Entscheidungsrecht von Patient/innen in Beratungs- und Abstimmungsgremien gestärkt werden. Und immer wurde die Forderung nach einer gesicherten Regelfinanzierung gestellt. Diese Forderung implizierte auch den Gedanken, dass ehrenamtliche Tätigkeit, und darunter wurde auch die Aktivität in einer Selbsthilfegruppe subsumiert, nicht nur eine gesellschaftliche Anerkennung zu erfahren habe, sondern in arbeitsrechtlicher, sozialrechtlicher und haftungsrechtlicher Hinsicht abgesichert sein sollte. Ebenso wurde eine Reform

des steuerlichen Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts empfohlen. Von all diesen Empfehlungen kann aus heutiger Sicht teilweise eine positive Bilanz gezogen werden. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens erfuhr die Selbsthilfe mit der verbindlichen Verpflichtung der Krankenkassen zur finanziellen Förderung eine große Aufwertung. Ebenso existieren inzwischen auf Länderebene staatlich finanzierte Unfall- und Haftpflichtversicherungen, um ehrenamtliche Tätigkeit besser abzusichern. Andere Empfehlungen, insbesondere im Spendenwesen, beim Arbeits- und Sozialrecht wurden bis dato nicht umgesetzt. Dies wirkt sich vor allem bei der rechtlichen Situation von Selbsthilfegruppen aus, die sich nicht im Schutzbereich des Vereinsrechts befinden. Davon betroffen sind viele der geschätzten 100.000 Selbsthilfegruppen, die es in Deutschland gibt.

Für Teilnehmer und Leiter dieser Gruppen und Initiativen bleibt nach wie vor

eine Vielzahl zivilrechtlicher Fragen offen. Damit setzt sich nunmehr die Publikation des Selbsthilfezentrums München, die dieser Tage erscheint, mit dem Titel „Recht für Selbsthilfegruppen“ auseinander. Ausführlich wird die rechtliche Klassifizierung des amorphen Gebildes „Selbsthilfegruppe“ als „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ und ihre Auswirkungen auf das Vertretungs- und Haftungsrecht vorgenommen. Weiter werden Problemstellungen, die sich aus der Beratungstätigkeit der Gruppen ergeben wie auch Fragen, die bei der Öffentlichkeitsarbeit auftreten, erörtert. Dem Versicherungs- und Steuerrecht und auch den rechtlichen Anforderungen bei der Beantragung von Förderungen wird ebenso Raum gegeben. Zielgruppe des Werkes „Recht für Selbsthilfegruppen“ sind also die Teilnehmer/innen und / oder Leiter/innen von Selbsthilfegruppen und Initiativen, die nicht vereinsrechtlich organisiert sind.

Die Praxis hat gezeigt, dass sich viele der in Selbsthilfegruppen Engagierten keine Gedanken darüber machen, wie ihre Arbeit rechtlich zu bewerten ist. Auch diejenigen, die nur an den regelmäßigen Gruppentreffen teilnehmen, stellen meist keine Überlegung an, ob dieses Engagement juristische Folgen nach sich ziehen könnte. Im Vordergrund steht das eigene Anliegen, das Thema der Gruppe. Für große und etablierte Gruppierungen ist die Rechtsform „Verein“ sicherlich der richtige Hafen. Vielen Initiativen bleibt allerdings Aufbau

und Organisation eines Vereins fremd. Er erweist sich auch manchmal als Hemmschuh bei der Aufrechterhaltung der offenen Struktur der Gruppe, oder er wird als unpraktikabel aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands und der starren Hierarchie empfunden.

Oft unbewusst, bei manchen Initiativen auch bewusst, entstand eine Gruppenstruktur, die eine rechtliche Einordnung erst einmal schwierig macht. Zunächst wollte man kein Verein – eingetragener oder nicht – sein. Diese Einstellung ist bei Selbsthilfegruppen, deren Wurzeln noch in die 1970er Jahre reichen, oft präsent. Unabhängigkeit und Selbstbestimmung waren die Stichworte. Und eine Abgrenzung zu den etablierten Organisationen der Wohlfahrtsverbände oder der Kirchen schien ebenfalls wichtig. Aber die zunehmende Integration vor allem der Gruppen im Gesundheits- und Suchtbereich ließen in den Initiativen einen Diskussionsprozess entstehen. Der Wunsch, die eignen Ziele selbstbestimmt und autark zu verwirklichen, stand im Widerpart zur Überlegung, ob durch Anpassung an bestehende Strukturen und Einbindung in das sozialpolitische Gefüge auch Nutzen für die Gruppe zu ziehen sei.

Offenkundig für die Initiativen wird dieses Spannungsfeld zwischen Autarkie und Integration immer dann, wenn der Schritt in die Öffentlichkeit getan oder der erste Antrag auf Fördergelder gestellt wird. Damit stellen sich auch bei einem „losen Zusammenschluss

Einzelner“ Fragen nach Verantwortlichkeiten, nach rechtlicher Belangbarkeit und nach Pflichten. Das Auftreten nach Außen erfordert auch die rechtliche Definition der Gruppe.

Für viele Initiativen, die ganz bewusst nicht als Verein, auch nicht als „nicht eingetragener Verein“ firmieren wollen, bleibt dann nur ein Rechtsinstitut, das den Erfordernissen des Gruppenlebens und der Stellung im Rechtsverkehr gerecht wird: Die „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“.

Die vielen Facetten und unterschiedlichen Interessenlagen jeder Gruppe lassen sich in die Rechtsform „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ gut integrieren. Sie bietet viele Gestaltungsmöglichkeiten, sei es für die Regelung des Miteinanders oder für die Stellung der Gruppe im Rechtsverkehr, und darin liegt auch ihre Stärke.

Erstaunlich ist, dass sich offenbar die Gerichte wie auch die juristische Literatur mit Selbsthilfegruppen im Rechtsleben wenig auseinandersetzen. Vielleicht beweist dies die Anpassungsfähigkeit und Flexibilität des Gebildes „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“. Diese tradierte Form der Personengesellschaft bietet offenbar genügend Freiraum für modernes bürgerschaftliches Engagement.

Dennoch ist die Lage alles andere als übersichtlich, wobei im Wesentlichen zwei Bereiche angesprochen werden müssen: Zum einen liegen die Probleme bereits im Gesellschaftsrecht selbst, also dem für die „BGB-Gesellschaften“ einschlägigen Rechtsgebiet. Zum anderen gibt es immer wieder

Abgrenzungsprobleme zum „nicht rechtsfähigen Verein“.

Gegenstand der Diskussion dürfte für Initiativen in Form einer „BGB-Gesellschaft“ vor allem die Haftung nach Gesellschaftsrecht sein. Im Gegensatz zur Vereinsmitgliedschaft sind die Mitglieder einer BGB-Gesellschaft, also die Gesellschafter, an dem Unternehmen „Gesellschaft“ unmittelbar und persönlich beteiligt. Jeder Einzelne steht damit in der Pflicht und ist für die Gruppe verantwortlich, er haftet persönlich und mit seinem Vermögen. Ein Bewusstsein über diese Gefahrenlage ist in kaum einer Selbsthilfegruppe präsent.

Weiter ist auch die Grenzziehung zwischen „BGB-Gesellschaft“ und „nicht rechtsfähigem Verein“ manchmal schwierig. Oft erfahren Initiativen im Lauf der Jahre und mit zunehmender Integration in Förderschemata Veränderungen. Es entsteht ein höherer Organisationsaufwand. Einzelne, wenige Gruppenmitglieder haben sich so in die Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit hineingearbeitet, dass sie wie selbstverständlich die ganze Initiative repräsentieren. Dann drängt sich eines Tages die Frage auf, ob die Schwelle zur Vereinstruktur und -organisation nicht schon überschritten ist. Dies wäre nicht weiter problematisch, denn für „nicht rechtsfähige Vereine“ verweist das BGB, das Bürgerliche Gesetzbuch, ebenfalls auf Gesellschaftsrecht. Aber hier ergeben sich Veränderungen, zumindest nach dem Urteil des BGH vom 7.12.2007 (DStR 2007, 1970) und es zeichnet sich eine

Tendenz ab, das leichter praktikable und transparentere Vereinsrecht für alle Vereine – eingetragen oder nicht – anzuwenden. Dies kann ganz gravierende Auswirkungen nach sich ziehen.

Das Steuerrecht war auf diesem Gebiet schon immer Vorreiter und interpretierte „nicht rechtsfähige Vereine“ quasi als rechtsfähige, also eingetragene Vereine. Die Besteuerung erfolgt dann nach Vereinsrecht, mit den dort geltenden Freibeträgen. Aber in vielen anderen Rechtsgebieten bleibt die Situation schwierig. Bei den Unfall- und Haftpflichtversicherungen gibt es immer wieder Abgrenzungsprobleme, und es wird hinterfragt, ob die Selbsthilfegruppe Vereinsstatus besitzt oder nicht, mit jeweils unterschiedlichen Folgen. Im Presserecht stellt die Impressumspflicht ebenso Anforderungen an die Selbsthilfegruppe wie auch im Allgemeinen und Besonderen Schuldrecht. Bei Vertretungs-, Vollmachts- und Haftungsfragen also – wie schon oben angesprochen – scheint noch immer die klassische – und dogmatisch richtige – Kategorisierung vorzuherrschen: Vereinsrecht: nur für eingetragene Vereine. Für nicht eingetragene Vereine, wie auch für die „BGB-Gesellschaften“ gilt nach wie vor Gesellschaftsrecht.

Gerade im Bereich der nicht vereinsrechtlich strukturierten Selbsthilfe zeigt sich so, dass die Aufwertung, die das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahren erfahren hat, dort noch nicht wirklich angekommen ist.

Dabei repräsentiert der traditionsreiche Begriff der „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“ die Initiativkraft des einzelnen Bürgers eigentlich treffend. Ebenso bietet diese Gesellschaftsform ideale Voraussetzungen für niedrigschwellige, unkomplizierte Teilhabe am Sozialleben, dennoch erweist sie sich für bürgerschaftliches Engagement in der Praxis eher als Hemmschuh. Zu komplex und teilweise widersprüchlich erscheinen für die Betroffenen die Rechtsfolgen. Eine Vereinheitlichung und Erneuerung der Begrifflichkeiten „Gesellschaft des bürgerlichen Rechts“, „nicht rechtsfähiger Verein“ und „Verein“ würde mehr Rechtssicherheit schaffen. Dies wäre ein Beitrag, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die in der Selbsthilfe Engagierten transparenter und übersichtlicher zu gestalten. |

*Renate Mitliger-Lehner
Rechtsanwältin*

c/o Selbsthilfezentrum München
Westendstraße 68
80339 München
Tel: 089 / 53 29 56-11
Fax: 089 / 53 29 56-41,
089 / 53 29 56-49
E-Mail: info@shz-muenchen.de
Internet: <http://www.shz-muenchen.de>

*Selbsthilfezentrum München /
Mitliger-Lehner, Renate: Rechte für
Selbsthilfegruppen. AG SPAK. Neu-Ulm [circa]
2010, 978-3-940865-02-1*

Gesundheitsziele realisieren

Aus der Kooperationsarbeit von KISS Hamburg-Altona



Am Beispiel des von uns, den Mitarbeiter/innen von KISS Hamburg in Altona, mit entwickelten Gesundheitsziels: „Integration der Selbsthilfe in das bezirkliche Gesundheitsversorgungssystem“ soll die Realisierung von regionalen Gesundheitszielen dargestellt werden.

Die im Bezirk Hamburg-Altona erarbeiteten Gesundheitsziele basieren auf den sechs nationalen Gesundheitszielen (vgl. BMG 2007) sowie den Gesundheitszielen des Landes Hamburg (vgl. Gesundheitsziele Altona 2008-2010, Hamburg 2009). Regionale Gesundheitsziele orientieren sich an den Rahmenbedingungen und aktuellen Entwicklungen in den Handlungsfeldern des regionalen Gesundheitswesens. Sie sollen eine bedarfsgerechte Intervention in den jeweiligen Quartieren unter Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen ermöglichen. Gesundheitsziele in einer Region sollten somit möglichst unter Mitwirkung aller im Sozialraum relevanten Akteure entstehen.

Das Ziel der Mitwirkung von KISS in verschiedenen Gremien, Facharbeitskreisen und Arbeitsgruppen ist die Förderung eines selbsthilfefreundlichen Klimas in Hamburg. Selbsthilfefreundlichkeit fördern heißt für uns, auf der strukturellen Ebene die Möglichkeiten der Partizipation von Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen im Gemeinwesen zu verbessern. Die von uns mit erarbeiteten

Gesundheitsziele sind daher nicht explizit auf die Verbesserung der Versorgungslage in spezifischen Problem- oder Krankheitsbereichen ausgerichtet. Sie zielen vielmehr insgesamt auf eine verbesserte Wahrnehmung von Selbsthilfe als Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger ab, sich für sich selbst und für andere einzusetzen und durch ihr Engagement das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten.

Gesundheitsziele formulieren

Im Jahr 2007 forderte die Bezirksversammlung Altona das Gesundheitsamt auf, für die Jahre 2008-2010 Gesundheitsziele festzulegen. Die mit der Umsetzung beauftragte Gesundheits- und Pflegekonferenz Altona lud daraufhin zu einem Fachtag ins Rathaus ein, um die Interessen der Akteure vor Ort zu erfassen. Dieses war der Auftakt zur späteren Formulierung gemeinschaftlicher Gesundheitsziele.

Die Teilnehmer/innen aus den verschiedenen Bereichen der medizinischen und psychosozialen Versorgung, Vertreter/innen von Selbsthilfegruppen, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen und andere interessierte Bürger/innen waren eingeladen, ihre Ideen zur Konkretisierung von Gesundheitszielen für den Bezirk einzubringen. KISS wurde um die Moderation des geplanten Workshops „Selbsthilfe und Patientenrechte“ gebeten. Wie bereits bei

der Vorbereitung des Workshops vermutet, nahmen die Vertreter/innen der Selbsthilfegruppen und -organisationen überwiegend direkt an den mit ihrer Erkrankung bzw. ihrem Thema zusammenhängenden Workshops teil. Insgesamt fanden am Fachtag neun Workshops statt, in denen eine Verbesserung der Versorgungslage im Bezirk thematisiert wurde und erste Ideen für Formulierungen von entsprechenden Gesundheitszielen in folgenden Bereichen gesammelt wurden:

- Ernährung und Bewegung
- Selbsthilfe und Patientenrechte
- Diabetes Mellitus
- Kinder- und Jugendgesundheit
- Suchtprävention
- Seelische Gesundheit
- Migrantengesundheit
- Seniorengesundheit
- Gesundheit für Menschen mit körperlichen Behinderungen.

Nach dem Fachtag konstituierten sich Zielbildungsarbeitsgruppen, um gemeinsam einvernehmliche Gesundheitsziele für den Bezirk Altona zu formulieren und umzusetzen. Diese Arbeitsgruppen trafen sich regelmäßig und legten bis Ende 2008 die miteinander erarbeiteten Zielformulierungen vor (vgl. Gesundheitsziele Altona 2008-2010, Hamburg 2009).

Selbsthilfeorganisationen und Patientenvertreter/innen haben durch ihre Teilnahme an den Arbeitsgruppen auf die krankheits- oder themenbezogenen Gesundheitszielformulierungen Einfluss genommen. Sie haben dort ihre Sichtweisen, Forderungen und Ideen zur Verbesserung der

Gesundheitsversorgung im Bezirk unmittelbar eingebracht. Die Zielbildungsarbeitsgruppe zum Thema „Selbsthilfe und Patientenrechte“ bezog sich deshalb ausschließlich auf die Formulierung struktureller Gesundheitsziele zur Vergrößerung der Akzeptanz der Selbsthilfe innerhalb des bezirklichen Gesundheitswesens in Altona.

Gesundheitsziele umsetzen

„Integration der Selbsthilfe in das bezirkliche Gesundheitsversorgungssystem“

Zur Erreichung dieses Gesundheitsziels wurden Unterziele benannt, zusammengefasst folgende:

- die bessere Integration der Selbsthilfe in das bezirkliche Gesundheitsversorgungssystem
- die grundsätzliche Möglichkeit zur Information über Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen und
- die verstärkte Einbeziehung der Betroffenen und Angehörigen z.B. in dialogischen Veranstaltungen (vgl. Gesundheitsziele Altona 2008-2010, Hamburg 2009).

Nach der Formulierung der Gesundheitsziele wurden in Gesprächen zwischen KISS und dem kommunalen Gesundheitsförderungsmanagement des Gesundheitsamtes Altona konkrete Ideen zur Umsetzung der Integration der Selbsthilfe in das kommunale Gesundheitswesen gesammelt. In diesen Strategiegelgesprächen wurde deutlich, dass sich die bereits regelmäßig stattfindenden Altonaer

Gesundheitsgespräche des Gesundheitsamtes eine geeignete Plattform zur Durchführung dialogischer Veranstaltungen und zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Selbsthilfe sein könnten. Soweit möglich wurden daraufhin noch in 2008 einige der bereits geplanten Gesundheitsgespräche umgestaltet und mit KISS-Beteiligung zusammen mit Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen durchgeführt.

Um unsere regelhafte Zusammenarbeit von KISS mit dem Gesundheitsamt zur Einbeziehung der Selbsthilfe in die Gesundheitsgespräche auch formal abzusichern, haben das Gesundheitsamt Altona und KISS Hamburg für 2009-2010 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Daran anknüpfend fand die Planung der Gesundheitsgespräche für 2009 und 2010 unter Einbeziehung der Themen aus der Selbsthilfe statt. Die Gesundheitsgespräche befassen sich mit den aktuellen Gesundheitsthemen aus dem Bezirk und werden möglichst dialogisch durchgeführt, sodass sowohl Betroffene, Angehörige und Fachleute auf den von KISS oder dem Gesundheitsamt moderierten Veranstaltungen ihren jeweiligen Blickwinkel sowohl bei der Planung als auch bei der Durchführung einbringen können (vgl. Flyer Altonaer

Gesundheitsgespräche Programm 2009 und Programm 2010).

Die Kooperation mit dem Gesundheitsamt Altona zur Verbesserung der Integration der Selbsthilfe in das bezirkliche Gesundheitswesen umfasst auch die regelmäßige Teilnahme an der *Arbeitsgruppe seelische Gesundheit*. KISS war an der eigentlichen Gesundheitszielformulierung dieser AG nicht beteiligt; die Mitarbeit ergibt sich aber aufgrund der fachlichen Schwerpunktsetzung innerhalb der Kontaktstelle Altona. Auch hier ist es uns u.a. ein Anliegen, die Selbsthilfe durch Ideen zur Planung und Durchführung von z.B. dialogischen Veranstaltungen einzubringen und dabei die Themenwünsche aus den Selbsthilfegruppen aufzugreifen.

Die Umsetzung des Gesundheitsziels haben wir Anfang 2010 auch im Bereich der Verbesserung zur öffentlichen Wahrnehmung der Selbsthilfe im Bezirk fortgesetzt. Seit Anfang 2010 steht im Kundenzentrum des Bezirksamtes Altona das KISS Hamburg Selbsthilfe-Terminal und bietet den Besucher/innen die Möglichkeit, per Touchscreen nach geeigneten Selbsthilfegruppen zu suchen. Geplant ist es, das Terminal zukünftig an verschiedenen öffentlichen Orten im Bezirk aufzustellen.

Quellenhinweise

BMG 2007: gesundheitsziele.de. Maßnahmen des Bundesministeriums für Gesundheit zur Umsetzung der nationalen Gesundheitsziele. Berlin, Juli 2007

Partnerschaft für die Gesundheit in Altona. Gesundheitsziele Altona 2008-2010. Hamburg 2009; Herausgeber: Bezirksamt Altona, Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit, Fachamt Gesundheit, Bahnenfelder Straße 254-260, 22765 Hamburg

In 2010 werden die Gesundheitsziele Altona 2008-2010 evaluiert werden. Ohne dem Ergebnis vorgreifen zu wollen, hat sich aus Sicht der Selbsthilfekontaktstelle Altona die Intensivierung der Kooperation mit dem Gesundheitsamt als positiv für die Selbsthilfeförderung erwiesen. |

Christa Herrmann

Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen
– KISS-Altona
Gaußstraße 21
22765 Hamburg
Tel: 040 / 39 57 67
Fax: 040 / 39 60 98
E-Mail: kissaltona@paritaet-hamburg.de
Internet: <http://www.kiss-hh.de>

Die Informationen des Selbsthilfe-Büros Niedersachsen:

Ein Instrument der landesweiten Selbsthilfeunterstützung

Ergebnisse einer Befragung der Leserschaft



Die *Informationen des Selbsthilfe-Büros Niedersachsen* ist eine vom Selbsthilfe-Büro zusammengestellte vielfältige und umfangreiche Sammlung von wissenswerten *Informationen* für die Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in Niedersachsen, die in der Regel viermal jährlich erscheint. Sowohl Selbsthilfekontaktstellen als auch andere Einrichtungen können durch aktive Mitarbeit zur Vielfalt beitragen. Ergänzt werden die *Informationen* durch das „Lesefutter“ mit selbsthilferelevanten Texten aus der Presse und aus Fachschriften.

Die *Informationen* sollen in erster Linie die Selbsthilfekontaktstellen in ihrer Arbeit unterstützen, indem sie ein breites Spektrum an Beiträgen bieten, die die Fachdiskussionen anregen und zur Vernetzung beitragen. Die *Informationen* erscheinen bereits seit 1994 und der Umfang ist in diesen 18

Jahren enorm gewachsen. Dies liegt zum Einen daran, dass Selbsthilfe mittlerweile ein Thema ist, über das gedacht, gesprochen, politisiert, geforscht und publiziert wird und zum Anderen daran, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den niedersächsischen Selbsthilfekontaktstellen Bedarf nach vielfältigen Informationen bekunden.

Anlass der Befragung

Eine erste Befragung der Leserschaft der *Informationen* wurde 2004 durchgeführt. In den Jahren, die seitdem vergangen sind, hat sich unsere Medienlandschaft gewandelt wie nie vorher. Die Bedeutung des Internets als Informationsquelle und der Bezug von Mitteilungen per E-Paper hat sich enorm entwickelt.

Das Selbsthilfe-Büro Niedersachsen wollte mit der aktuellen Befragung ermitteln, ob sich im Zeitalter des

Internets der Bedarf an schriftlichen Informationen in der bisherigen Form oder das Interesse an bestimmten Themen bei den Kontaktstellen verändert hat.

Dahinter stand ebenfalls die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Faktor der *Informationen*. Die Erstellung der Publikation inklusive ihrer umfangreichen Anlage bedarf eines hohen Aufwandes. Da die Ressourcen auch im Selbsthilfe-Büro Niedersachsen enger werden, wollten wir uns Klarheit verschaffen über den Nutzen dieses Teils unserer Arbeit.

Auswertung der Fragebögen

Bei der ersten Befragung standen die Aspekte Lesehäufigkeit, Übersichtlichkeit, Umfang, Gestaltung, Bedeutung einzelner Rubriken wie auch die Versandform im Fokus. Die Befragung 2009 war konzentriert auf die Frage nach der Versandform, der Erscheinungsfrequenz, dem Umfang und der Thematik der gewünschten Informationen.

An dieser Stelle einige Ergebnisse in Kürze:

- Die Frage nach der zukünftigen Versandform wurde mehrheitlich (55 Prozent sowohl 2004 als auch 2009) mit „auf postalischem Weg“ beantwortet. Dies bedeutet für das Selbsthilfe-Büro Niedersachsen, die bisherige Schriftform mit Versand auf postalischem Wege fortzuführen.
- Auch die Frage nach der Erscheinungsfrequenz zeigt mit 69 Prozent der Nennungen für „genau richtig“, dass eine vierteljährliche

Herausgabe weiterhin angestrebt werden sollte.

- 73 Prozent der Befragten beurteilen den Umfang der *Informationen* mit „genau richtig“. Das Selbsthilfe-Büro Niedersachsen wird daher beim bisherigen Umfang bleiben.
- Das so genannte „Lesefutter“, wurde mit 62 Prozent der Nennungen im Umfang als „genau richtig“ beurteilt. Das Selbsthilfe-Büro Niedersachsen wird somit weiterhin in Presse und Fachschriften nach selbsthilferelevanten Texten recherchieren und diese den *Informationen* beilegen.
- Die Frage „Welche Informationen – unabhängig von den bisher bestehenden Rubriken – sind für Ihre / Eure Arbeit besonders hilfreich?“ zeigt, dass ein starkes Interesse mit 92 Prozent der Nennungen beim Bereich Selbsthilfe liegen, gefolgt mit 54 Prozent für den Bereich Politik / Landes- und Bundesebene. Der Bereich Internet- und Medientipps wurde von 50 Prozent mit einem mittelstarken Interesse bewertet.

Für das Selbsthilfe-Büro Niedersachsen liegt hier eine gute Orientierungslinie für die Schwerpunktsetzung in der Informationsweitergabe.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Auswertung unserer Umfrage sind im Zeitalter von Internet und überall gegenwärtiger Webpräsenz sehr bemerkenswert, zeigen sie doch einen deutlichen Bedarf nach einem Print-Medium als Informationsplattform.

Die Mehrheit der Befragten hat sich sowohl für die Beibehaltung des Umfangs im Text und im „Lesefutter“ der *Informationen* als auch für die schriftliche Versandform ausgesprochen. Wir verstehen dieses Ergebnis als Auftrag, dieser Dienstleistung einen hohen Stellenwert einzuräumen.

In den letzten zwei Jahren war es dem Selbsthilfe-Büro Niedersachsen allerdings nicht mehr möglich, vier Ausgaben der *Informationen* pro Jahr herauszugeben, da hierfür nicht genügend Arbeitskapazitäten zur Verfügung standen und sich unser Arbeitsfeld – ebenso wie das der Selbsthilfekontaktstellen, verändert und ausweitet. Vor dem Hintergrund dieser Befragung müssen wir jedoch das Interesse der niedersächsischen Selbsthilfe ernst nehmen und die *Informationen* in unserer Prioritätensetzung oben ansiedeln. Dazu gehört auch, die Erscheinungsfrequenz wieder auf viermal jährlich zu erhöhen.

Die Recherche nach aktuellen Informationen ist ein wichtiger Teil unserer Informations- und Vernetzungsarbeit. Das hat die Umfrage eindeutig ergeben.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals ganz ausdrücklich bei allen, die sich die Mühe gemacht haben, unseren Fragebogen auszufüllen und die damit einen wichtigen Beitrag zu unserer Qualitätssicherung geleistet haben. |

Roswitha Schulterobben
Dörte von Kittlitz

Selbsthilfe-Büro Niedersachsen
der Deutsche Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.
Gartenstraße 18
30161 Hannover
E-Mail: selbsthilfe-buero-nds@gmx.de
Internet: <http://www.selbsthilfe-buero.de>

Guten Morgen, Ihr Schönen – Neue Wege der Selbsthilfearbeit



Ein zeitlich begrenzter Gesprächskreis für Frauen ab 40 auf der Suche nach ihrem Ich

„Guten Morgen, Ihr Schönen“ ist zu einem Ritual geworden: Es ist die Begrüßungsformel für Frauen in der Lebensmitte, die am geleiteten Gesprächskreis der Essener Selbsthilfeberatung WIESE e.V. teilnehmen. „Guten Morgen, Ihr Schönen“ ist

Wertschätzung, ist freundlicher Empfang, ist Mut machen miteinander zu sprechen. Ziel des Angebotes ist, Frauen miteinander ins Gespräch zu bringen. Frauen, die sich noch nicht kennen, mit sehr unterschiedlichen

Lebenswegen, die aber neugierig auf andere Lebenserfahrungen sind, und die bereit sind, über sich, ihre Gefühle und Gedanken und ihre aktuellen Lebensthemen zu reden wie beispielsweise: Die Kinder werden erwachsen, die eingespielten Rollen mit dem Lebenspartner oder das eigene Älterwerden. Das sind Themen, die sowohl für Frauen aus Selbsthilfegruppen interessant sind als auch für Frauen, die bislang noch keinen Kontakt mit der Selbsthilfe hatten. Die Teilnehmerinnenzahl ist auf zwölf Frauen begrenzt. Meine Aufgabe als Moderatorin ist über die Auswahl der Themen und methodisches Vorgehen das In-Kontakt-Kommen der Frauen zu steuern. Bereits die Begrüßung „Guten Morgen, Ihr Schönen“ soll Nähe und Wertschätzung vermitteln, das Gruppenklima prägen. Den Teilnehmerinnen schlage ich das „Du“ vor. Die Themen der Sitzungen sind so ausgewählt, dass sowohl eine oberflächliche als auch tiefergehende Darstellungsweise möglich ist. Die Frauen entscheiden selbst, was und wie viel sie über sich erzählen. Außerdem sind die Themen so ausgesucht, dass jede Frau sich einbringen kann unabhängig von ihrer jeweiligen Lebenssituation: Es geht um die aktuelle Balance von guten und schlechten Gefühlen, um den spezifisch (weiblichen) Umgang mit Gefühlen, um Botschaften aus der Vergangenheit und wie sie das aktuelle Leben beeinflussen, um Zukunftsgestaltung und um die eigene Wertschätzung. Diese Aspekte versuchen wir in sechs Sitzungen umzusetzen.

1. Sitzung: Sich kennen lernen

Ein vertiefendes Kennenlernen geschieht über die Übung „Liebes-, Angst und Energiekreise“¹. Die Teilnehmerinnen sollen sich auf sich selbst besinnen und darüber nachdenken, welche Anteile ihrer gesamten Liebe, Angst und Energie sie für bestimmte Personen, Tätigkeiten, Situationen etc. aufwenden. Die Frauen halten ihre Überlegungen auf tellergroßen Papierkreisen in Form von tortenähnlichen Stücken fest. Als Moderatorin strukturiere ich ein Gespräch über die Erfahrungen und Ergebnisse der Übung.

2. Sitzung: Gefühle

Paarweise sprechen die Frauen je zehn Minuten über ein Gefühl (vom Vortag, der letzten Woche ...), wechseln dann die Partnerin und tauschen sich über ein anderes Gefühl aus. Die Reihenfolge der Gefühle wird vorgegeben: „Glücklich“, „Traurig“ und „Wütend“². Danach werden die Erfahrungen dazu im Plenum ausgetauscht.

3. Sitzung: Wo komme ich her?

Für die Übung „Elternbotschaften“³ schreiben die Frauen positive und negative Botschaften auf, die sie als Kind von Bezugspersonen als sich stets wiederholende Sätze zu hören bekommen haben. Nacheinander stellen die Frauen ihre Botschaften vor und tauschen sich aus.

4. Sitzung: Wünsche und Träume für die Zukunft

Die Frauen erhalten ein Papier mit fünfzehn vorgegebenen Fragen bzgl. ihrer nahen und fernen Zukunft als

Strukturierungshilfe für ihre Gedanken. Sie können auch eigene Fragen und Aspekte einbringen. Die Antworten werden in der Gruppe besprochen.

5. Sitzung: Stärkung

Die Frauen notieren möglichst zehn verschiedene Antworten auf die Frage „Wer bin ich?“⁴ Das können Eigenschaften, Verhaltensweisen, Rollen etc. sein. Sie sollen allerdings nur solche Zuschreibungen aufschreiben, die sie wirklich als charakteristisch für ihre Person empfinden und auf die sie auf keinen Fall verzichten können, ohne einen Teil ihrer Identität zu verlieren. Die Frauen stellen im Plenum ihre Antworten unter dem Aspekt vor, was passieren würde, wenn sie über das in der Aussage beschriebene Merkmal verzichten müssten. Welche Auswirkungen hätte dieser Verlust ganz konkret auf ihr Leben. Abschließend tauschen die Frauen untereinander ehrliche Komplimente aus, keine Plattitüden sondern individuelle Wertschätzungen – und man merkt, dass es schwierig ist.

Alle Sitzungen beginnen mit einführenden Übungen (um sich die Namen der anderen Frauen einzuprägen, um das Eis zu brechen, um sich oder den anderen Frauen etwas Gutes zu tun, z.B. sich gegenseitig den Rücken zu massieren) und einem Blitzlicht, mit dem sie auch schließen. Obwohl die Themen der Sitzungen variieren, wird bei den Frauen der sogenannte „Rote Faden“ ihres Lebens sichtbar. Sie haben die

Chance, in einem neuen Kreis von Gesprächspartnerinnen sich darzustellen, ohne auf gewohnte soziale Rollen aus ihrem Privat- oder Berufsleben Rücksicht zu nehmen. Vor diesem Hintergrund sind überraschend häufige Bekenntnisse über seelische Krisen, psychotherapeutische Behandlungen oder einen erlittenen sexuellen Missbrauch in der Kindheit einzuordnen, die von den Frauen im Freundes- und Familienkreis oft nicht erzählt werden.

In der Gruppe der „Schönen“ hat jede Frau die Möglichkeit, ihren Werdegang, ihre Erfahrungen, ihre Pläne, ihre Handlungsmuster und ihre Strategien einzubringen. Die Frau ist nicht nur reduziert auf die Depression, den Missbrauch, die Krebserkrankung oder die gescheiterte Ehe – es ist die Frau, die in ihrer Gesamtheit für alle sichtbar ist.

„Guten Morgen, Ihr Schönen“ ist ein Stück Vor- und Nachsorge. Reden zu können und zu erfahren, ich bin nicht alleine, ist wichtig. Gerade wenn die Frauen von ihren verbalen oder nonverbalen Botschaften (von Eltern, Lehrern, Verwandten etc.) berichten, die sie in der Vergangenheit wahrgenommen haben, wird deutlich, wie ähnlich viele Frauenschicksale sind. Und wie abwertend und einengend die Mädchen-Sozialisation oft verlaufen ist. Und gerade vor diesem Hintergrund ist es beeindruckend, wie kraftvoll, mutig oder geschickt die Frauen versuchen, das Beste aus ihrem Leben zu machen. Diese Blickrichtung soll stärken und versöhnen und weitertragen.

„Guten Morgen, Ihr Schönen“ will auch Techniken vermitteln. Beispielsweise mit Hilfe eines Arbeitspapiers und vielen Fragen sich ein Thema zu erschließen. Eine Technik, die jede Frau auch alleine zu Hause zu jedem beliebigen Thema anwenden kann. Damit werden auch der Gruppe Anregungen gegeben, wie sie demnächst ohne professionelle Leitung arbeiten kann. Das trifft auch auf die praktizierten Gruppenregeln zu, wie wir sie aus der Selbsthilfearbeit kennen. Denn „Guten Morgen, Ihr Schönen“ ist letztendlich eine Anleitung zur Selbsthilfe.

6. Sitzung: Genuss und Perspektive

In der letzten gemeinsamen Sitzung werden „die Schönen“ mit einem hübsch gedeckten Frühstückstisch und leckeren Appetithäppchen von mir überrascht. Beim Frühstück wird dann gemeinsam darüber nachgedacht, ob und wie die Gruppe allein ihre Arbeit fortsetzen möchte. Und dann heißt es: „Auf Wiedersehen, Ihr Schönen“.

Fazit

„Guten Morgen Ihr Schönen“ ist ein kostenloses und kurzes Schnupper-Angebot. Es kommt dem Anliegen von

Frauen entgegen, die Austausch zu allgemeinen Lebensthemen und psychosozialen Anliegen suchen, sich aber von bestehenden Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen, die eher diagnose- und problembezogen arbeiten, nicht angesprochen fühlen. Die Kontaktstelle kann über die angeleiteten Einheiten Frauen zusammenführen, die in den ersten Treffen Gemeinsamkeiten erfahren und herausarbeiten als Grundlage für eine mögliche zukünftige Selbsthilfegruppenarbeit. „Guten Morgen, Ihr Schönen“ ist so auch ein neuer Weg der Selbsthilfegruppen-Gründung. |

Gabriele Becker

WIESE e.V.
Selbsthilfeberatung
Pferdemarkt 5
45127 Essen
Tel: 02 01 / 20 76 76
Fax: 02 01 / 20 74 08
E-Mail: becker@wiesenetz.de
Internet: <http://www.wiesenetz.de>

SELBSTHILFE UND MEDIEN

„Wir zeigen uns. Selbsthilfe macht stark“

Mit diesem Slogan begrüsst die Homepage des Projektes „Selbsthilfe und Medien“ interessierte Menschen im Internet. „Wir zeigen uns“ – das ist auch die Prämisse des Projektes, das seit knapp zwei Jahren an der Selbsthilfe-Kontaktstelle Kreis Warendorf angesiedelt ist. Ziel war und ist es, Menschen aus Selbsthilfegruppen die Möglichkeit zu geben, sich selbst und ihre Anliegen durch Audio- und Videobeiträge einer größeren Öffentlichkeit zu präsentieren. Und es geht dabei nicht darum, über sich berichten zu lassen, sondern selbst die Zügel bzw. das Mikrofon in die Hand zu nehmen und aus eigener Erfahrung zu erzählen.

Die Anfänge – Radiosendungen für den Bürgerfunk

Seit 1998 produzieren Selbsthilfegruppen im Kreis Warendorf Radiosendungen, die im Lokalfunk ausgestrahlt werden. Im Laufe der Jahre entstanden so knapp 30 Sendungen zu den unterschiedlichsten Themen. Die Selbsthilfegruppe Depressionen z.B. produzierte gleich mehrere Sendungen zum Thema „Umgang mit Depressionen“. Die Schlaganfallinitiative meldete sich zu Wort. Selbsthilfegruppen wie „Sternenkinder“, Eltern von ADHS-Kindern oder Eltern von Kindern mit einer psychischen Erkrankung waren vertreten. Menschen mit einer geistigen Behinderung produzieren eine Sendung ebenso wie Menschen mit einer



Danny Warschitzka von der SHG Spike Wave am Mischpult im Tonstudio bei der Produktion einer Sendung

Hörbehinderung. Hospiz-Mitarbeiter/innen sprachen über die Möglichkeiten der Palliativmedizin, Mitglieder einer MS-Selbsthilfegruppen und einer Epilepsie-Selbsthilfegruppe berichteten über ihr Leben mit der Erkrankung, um nur einige Beispiele zu nennen.

„... und ich soll selbst moderieren?“

Die Produktion von eigenen Radiosendungen ist für die Selbsthilfegruppen eine echte Herausforderung. Das Besondere an diesen Sendungen ist, dass nicht über die Menschen berichtet wird, sondern dass Inhalt und Sendekonzept *gemeinsam erarbeitet werden*. Es muss gründlich überlegt werden: Womit wollen wir an die Öffentlichkeit? Was darf / muss gesagt werden? Wie persönlich kann ich werden? Was möchte ich nicht sagen? Wie wollen wir uns darstellen? Welches Bild haben wir von unserer Selbsthilfegruppe, und welches Bild wollen wir transportieren?

Anmerkungen

¹ Schuhmann, Heidi / Wick, Ilka: Ich spüre plötzlich meine Stärke. Lebenswege und Erfahrungen von Frauen in Selbsthilfegruppen, Frauen ab 40. Gütersloh 1995, S. 142

² Ernst, Sheila / Goodison, Lucy: Selbsthilfe Therapie. Ein Handbuch für Frauen. München 1990, S. 56

³ Schuhmann / Wick, S. 144

⁴ Antons, Klaus: Praxis der Gruppendynamik. Übungen und Techniken. Göttingen 2000, S. 255

Im Tonstudio geht es dann weiter: Wer moderiert von uns? Kann ich das selbst, traue ich mir das zu? Bekomme ich den schmalen Grat hin zwischen einer halbwegs professionellen Moderation mit einer gewissen Distanz zum Thema und meiner eigenen Betroffenheit und Verbundenheit in der Gruppe?

Die Moderation der Sendung selbst zu übernehmen wird von vielen Teilnehmer/innen als besonders herausfordernd erlebt. Sie sind keine Profis – wollen aber professionell ansprechen. Ihr Ziel ist es, Verständnis zu wecken und keine Betroffenheit. Gerade bei so schwierigen Themen wie Trauer, Depression oder einer psychischen Erkrankung zeigt sich der besondere Spagat zwischen einer individuellen Betroffenheit und dem Transfer in eine anonyme Öffentlichkeit. Selbsthilfethemen sind zudem keine einfachen Themen, die sich humorvoll und leichtfüßig transportieren lassen. Für viele ist es ein mutiger Schritt, an die Öffentlichkeit zu gehen und sich selbst im Radio darzustellen, z.B. mit Suchtproblemen, Depressionen oder chronischen Erkrankungen.

Das Projekt „Selbsthilfe und Medien“ wirkt nicht nur nach außen. Die Auseinandersetzung darüber, wie die Protagonisten sich präsentieren möchten und was sie in der Öffentlichkeit erzählen wollen, führt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit ihrer Situation und ihrer Geschichte. Dadurch, dass mit den Gruppen gearbeitet wird und nicht über sie berichtet wird, hat diese Medienarbeit immer auch Elemente der Selbstreflexion und

Supervision. In dieser persönlichen Sichtweise liegt auch die Stärke der Sendungen, die einen immer dann besonders erreichen, wenn man selbst auf die eine oder andere Art vom jeweiligen Thema berührt ist.

Und jetzt: Videoproduktionen!

Nachdem der erste Schritt in die Öffentlichkeit erfolgreich vollzogen war, entschlossen sich einige Gruppen, von dem zweiten Angebot des Projektes Gebrauch machen und ihre Themen filmisch umzusetzen. Die Gruppe „Sternenkinder“ machte den Anfang.

Die Vorgehensweise dieser Filmproduktion war ähnlich wie bei den Radioproduktionen: Das Drehbuch und die Dramaturgie des Filmes wurden gemeinsam besprochen und erarbeitet. Anders als bei den Radiosendungen wurden bei der Filmproduktion dann aber auch Grenzen deutlich. Der Anspruch einer professionellen filmischen Umsetzung der Themen überstieg die Kompetenzen der Beteiligten. Da aber gleichzeitig ein hohes Interesse daran bestand, den Film an die Öffentlichkeit zu bringen, wurde das Projekt mit Hilfe einer professionellen Filmemacherin umgesetzt.

Mit dem Film „Sternenkinder“ entstand ein Portrait dreier Elternpaare, die mit großer Offenheit erzählen, wie sie den Tod ihres Kindes und die Zeit danach erlebt haben. Sie beschreiben ihren ersten großen Schmerz nach dem Tod ihrer Kinder im Krankenhaus und ihre Rückkehr nach Hause – ohne das erwartete Kind. Sie berichten über ihre lange Zeit der Trauer und darüber,

wie sie einen ganz individuellen Weg fanden, in einen zufriedenen Lebensalltag zurückzukehren. Der Film „Sternenkinder“ wurde im März 2009 im Kino in Ahlen erstmals einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach der ersten erfolgreichen Produktion des Filmes „Sternenkinder“ entstanden zwei weitere Filme zum Thema Behinderung. Ein Kurzfilm portraitiert eine integrative Sportgruppe, in der behinderte und nicht-behinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam Sport treiben. Der zweite Film wurde mit Familien von schwerstmehrfach behinderten Kindern gedreht. In dem Film berichten drei Familien über ihr Leben mit einem schwer behinderten Kind und über ihr Ringen nach einer zufriedenstellenden Bewältigung eines Lebensalltags, der oftmals die Kraft und die Energie der Eltern übersteigt.

Anlass für diesen Film war die Initiative einer Elterngruppe, im Raum Warendorf eine Kurzzeitpflegeeinrichtung für ihre Kinder zu bekommen.

Nachhaltigkeit des Projektes

Eine erfolgreiche Kinopremiere, eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit, Anfragen von Selbsthilfegruppen nach weiteren Radio und Filmproduktionen und eine hohe Besucherzahl auf der Homepage zeigen, daß das Projekt „Selbsthilfe und Medien“ noch viel Potenzial birgt. Die sehr persönliche Darstellung der Gruppen und die sorgfältige audiovisuelle Umsetzung ihrer Themen hat eine eigene Qualität. Nachfragen von Multiplikator/innen aus der Selbsthilfe und von



Eindrücke aus dem Tonstudio von Produktionen mit der Schlaganfall-Initiative Ahlen und der Gruppe Spike Wave

Professionellen aus dem Gesundheits- und Bildungsbereich zeigen, dass sich diese Medien gut dafür eignen, Themen der Selbsthilfe in die Öffentlichkeit zu transportieren. |

Ulrike Behnen

Selbsthilfe-Kontaktstelle Kreis
Warendorf
Projekt Selbsthilfe und Medien
Pari Sozial gGmbH
Zeppelinstraße 63
59229 Ahlen
Tel: 023 82 / 70 99 20
E-Mail: kisskreiswaf@
paritaetisches-zentrum.de

Ulrike Behnen ist Fachjournalistin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie arbeitet freiberuflich als Filmemacherin und produziert schwerpunktmäßig Dokumentarfilme zu sozialen Themen.

Literatur

Sammelbände

- **Demenz Support Stuttgart:** Ich spreche für mich selbst. Menschen mit Demenz melden sich zu Wort. 162 S., 978-3-940529-54-1

Dokumente

- **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement – BBE <Berlin> / Bömelburg, Ina [u.a.] [Red.]:** Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Auf dem Weg zu einer nationalen Engagementstrategie. Perspektiven und Positionen [zweiter Zwischenbericht]. Materialien und Dokumente Bd. 2. Berlin 2009, 144 S.



Dokumentationen / Tagungsberichte

- **Müller, Otmar [Red.]:** Generationen-Wechsel in der Selbsthilfe. Konzepte, Projekte, Ergebnisse. In: Gesundheit und Gesellschaft. Das AOK-Forum für Politik. Praxis und Wissenschaft Jg. 12, 2009. Spezial 12. Berlin 2009, 15 S.
- **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) <Köln> / Sabo, Peter [Red.]:** Migration und Gesundheitsförderung. Ergebnisse einer Tagung mit Expertinnen und Experten. Gesundheitsförderung konkret Bd. 12. Köln 2009, 236 S., 978-3-937707-66-2
- **Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) / Wilke, Burkhard [u.a.] [Red.]:** Helfersyndrom. Prestigeverlangen oder Gemeinsinn? Untersuchungen zum Spendenverhalten. Dokumentation einer Tagung vom 13. Oktober 2008 in Berlin. In: Soziale Arbeit Spezial. Schriftenreihe zur Theorie und Praxis. DZI Eigenverlag. Berlin 2009, 68 S.
- **Gesunde Städte-Sekretariat <Münster> / Eißner, Romy [u.a.] [Mitarb.]:** 20 Jahre Partnerschaft für Gesundheit. Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland. Münster [circa] 2009, 19 S.
- **Gesundheitstreffpunkt Mannheim e.V. / Bielfeld, Linda / Handlos, Bärbel:** Wir nehmen uns Zeit für Sie. Ihre kostenlose und unabhängige Beratungsstelle für Patientinnen / Patienten und Angehörige in Mannheim und im Rhein-Neckar-Kreis. Abschlussbericht 2 Jahre Patientenberatung Rhein-Neckar gefördert von der ARD-Fernsehlotterie. Laufzeit 1.10.2007 bis 30.9.2009. Mannheim [circa] 2009, 18 S.
- **KIBIS – Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hannover:** Wir tun was für uns. Und für andere. Bürgerschaftliches Engagement von Selbsthilfegruppen in der Region Hannover. Hannover [circa] 2009, [circa] 14 S.



- **Statistisches Bundesamt <Bonn> / Nöthen, Manuela:** Gesundheit auf einen Blick. Ausgabe 2009. Wiesbaden 2010, 39 S., Gesundheitsdaten kostenlos unter. www.destatis.de/publikationen und unter www.gbe-bund.de

Ratgeber

- **Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Ärztekammern) <Köln>:** Verzeichnis ärztlicher Organisationen und anderer Verbände im Gesundheitswesen. Ausgabe 2010. Köln 2010, 212 S.
- **Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. <Düsseldorf>:** Steuermerkblatt für Familien mit behinderten Kindern für die Steuererklärung 2009. Kostenlos als Download im Internet unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht und Politik“. Bestellungen der Druckversion mit einem 90 Cent frankierten (an sich selbst adressierten) Rückumschlag – DIN lang – an: BVKM, Stichwort „Steuermerkblatt“, Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf
- **Kindernetzwerk für kranke und behinderte Kinder und Jugendliche in der Gesellschaft e.V. <Aschaffenburg> / Schmid, Raimund [Red.]:** Elternselbsthilfegruppen in Deutschland. Wer hilft weiter? Ein bundesweiter Wegweiser Bd. 1 2009/2010. Schmidt-Römhild. Lübeck 2009, 4. überarb. Aufl., 614 S., 978-3-7950-1912-9



Zeitschriften / Aufsätze

- **Es kommt nicht nur darauf an, wie alt wir werden, sondern wie wir alt werden.** Themenschwerpunktheft. Soziale Arbeit, Jg. 58 2009, Nr. 11/12 (Nov-Dez). DZI. Berlin 2009, S. 406-472
- **Selbsthilfe – für mich und für andere. Der Paritätische – ein starker Partner für eine starke Bewegung.** (auch als Download: http://www.der-paritaetische.de/uploads/media/01_Bundestei.pdf). In: Der Paritätische (Nr. 1) 2010. DPWW. Berlin 2010, S. 1-36
- **Matzat, Jürgen:** Ehrenamtliches Engagement. Kollektive Selbsthilfe und politische Beteiligung im Gesundheitswesen. In: Olk, Thomas [u.a.] [Hrsg.]: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 32. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 547-570. 978-3-531-16232-4
- **Matzat, Jürgen:** Selbsthilfebewegung und Psychotherapie. In: PID – Psychotherapie im Dialog Jg. 10, 2009, Nr. 4. Georg Thieme Verlag. Stuttgart 2009, S. 347-351



- **Möller-Bock, Bettina / Thiel, Wolfgang:** Vernetzen, beraten, qualifizieren, Interessen vertreten. Selbsthilfekontaktstellen und -unterstützungseinrichtungen als Drehscheibe für bürgerschaftliches Engagement in der Gemeinde. Befunde einer Befragung der NAKOS. Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V. <Tübingen>. In: Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis Jg. 41, 2009, Nr. 2. DGVT. Tübingen 2009, S. 407-416
- **Sowade, Birgit:** Selbsthilfe als Übersetzungsleistung. Migration und Selbsthilfe. Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie e.V. <Tübingen>. In: Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis Jg. 41, 2009, Nr. 2. DGVT. Tübingen 2009, S. 417-421
- **Friedrich-Ebert-Stiftung <Bonn> / Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat / Hauff, Michael von:** Die Bürgergesellschaft als Kern nachhaltiger Entwicklung. betrifft: Bürgergesellschaft 33. Bonn [circa] 2010, 10 S.
- **Selbsthilfebüro Darmstadt:** Selbsthilfe – Engagement mit Zukunft. Der Fachtag des PARITÄTISCHEN am 9. Oktober in Heidelberg. In: Tipp 24. Selbsthilfe-Magazin 2/2009. Darmstadt 2009, S. 28-32
- **Selbsthilfezentrum München:** Soziale Arbeit und Selbsthilfe. Ein Bericht vom Fachtag „Zutrauen in Eigeninitiative“ im Selbsthilfezentrum München. In: 1Blick. Münchner Rundbrief für Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement, Ausg. 4 (Dez.) 2009. München 2009, S. 2-8
- **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Projektgruppe Zivilengagement / Baur, Tobias:** Schöne neue Organisationsverantwortung? Randbemerkungen zum Normierungsprozess der (DIN) ISO 26000. „Soziale Verantwortung von Organisationen“. In: BBE-Newsletter 2010, Nr. 1. Berlin 2010

CD

- **Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) <Berlin> / Schutt, Marion / Rabe, Christine / Hundertmark-Mayser, Jutta [Red.]:** Gelingende Kooperation. Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen arbeiten mit Krankenhäusern zusammen. Fortbildungsbausteine. Version 2.0 (30.10.2009). Berlin 2009, CD



Dokumente & Publikationen

BZgA: Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten: Good-Practice-Kriterien

Mit der steigenden Zahl der Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung gewinnen auch Kriterien und Beispiele guter Praxis sowie Qualitätsentwicklung an Bedeutung. Hier hat der beratende Arbeitskreis des Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ eine Liste von Good-Practice-Kriterien entwickelt, anhand derer Projektbeispiele einer gelingenden und motivierenden Praxis der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten identifiziert und verbreitet werden können. |

*Mit der nun vorliegenden 4. Auflage kann auf insgesamt auf 99 Good-Practice-Beispiele zurückgegriffen werden – einsehbar auch auf der Internetplattform: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de>
Download / Bestellung im Internet unter: <http://www.bzga.de>*

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) <Köln>: Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. Gesundheitsförderung konkret Bd. 5. Köln 2010, 4. erw. u. überarb. Aufl., 604 S., 978-3-937707-71-6

Workshop-Dokumentation: Zivilgesellschaft in Zahlen

Anlässlich einer Fachtagung am 4.12.2009 in Berlin veröffentlichte das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt und dem Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) die Dokumentation des Workshops „Auf dem Weg zu einem Informationssystem Zivilgesellschaft“. |

*Siehe im Internet unter: <http://www.zivilgesellschaft-in-zahlen.de>
http://www.stifterverband.org/statistik_und_analysen/dritter_sektor/downloads/zivilgesellschaft_in_zahlen_sammelband_01.pdf
(Quelle: Aktive Bürgerschaft aktuell, 11/12 2009)*

Broschüre zu Pflege und Betreuung am Lebensende

Praxisnahe Empfehlungen zur Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz in der letzten Lebensphase sowie zur Unterstützung ihrer Angehörigen bietet die neue Broschüre „Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz am Lebensende“. Die gemeinsame Publikation von Alzheimer Europe, Deutscher Alzheimer Gesellschaft und Schweizerischer Alzheimervereinigung wendet sich an alle, die beruflich, als Familienangehörige oder Ehrenamtliche mit der Pflege und Betreuung Demenzkranker am Lebensende zu tun haben. Der Band gibt praktische Empfehlungen und beinhaltet Überlegungen zu ethischen Fragen, etwa zur Würde und Autonomie der Erkrankten, zum Verhältnis von Patientenverfügungen und aktuellem Willen, zu Entscheidungen zur Einstellung der Behandlung. |

*Alzheimer Europe / Deutsche Alzheimer Gesellschaft / Schweizerische Alzheimervereinigung (Hrsg.): Pflege und Betreuung von Menschen mit Demenz am Lebensende. 2009, 80 S.
Bestellungen: Deutsche Alzheimer Gesellschaft, http://www.deutsche-alzheimer.de/index.php?id=39&no_cache=1#1*

Grundlagenband „Engagementpolitik“

Der von Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß herausgegebene Band bietet eine umfassende Darstellung des Politikfelds Engagementpolitik und zeigt Leitbilder und die ideengeschichtliche Entwicklung auf. Die Bürgergesellschaft wird als „reformpolitisches Konzept zwischen Vision und Realpolitik“ verstanden. Die Beiträge stammen von Autorinnen und Autoren, die nicht nur als wissenschaftliche Beobachter/innen, sondern auch als Akteure oder politische Berater/innen im Feld der „Engagementpolitik“ aktiv sind. Ein Grundlagenband. |



Olk, Thomas [u.a.] [Hrsg.]: Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 32. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, 639 S., 978-3-531-16232-4

Inhaltsangabe im Internet unter:
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/01/nl2_epolinhalt.pdf

Einleitungsbeitrag unter:
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/01/nl2_einleitungepol.pdf

Verlagsprospekt zum Band unter:
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/01/nl2_verlagsinfoepol.pdf

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 2, 28.1.2010)

Netzwerke in der Sozialen Stadt

Unter dem Titel „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ hat die BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit in den vergangenen zwei Jahren ein Modellprojekt im Rahmen der Bundesinitiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ durchgeführt. Im Verlauf des Projekts wurden gute Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement zusammengetragen und ausgewertet. Die Befunde und Handlungsempfehlungen aus den Ansätzen erkenntnisreicher zivilgesellschaftlicher Praxis vor Ort sind in ein Memorandum eingeflossen, das die BAG jetzt veröffentlicht hat. Der ausführliche Endbericht, sowie die Dokumentation der BAG-Fachkonferenz in Berlin im September 2009 sind ebenfalls dort zu finden. |

Weitere Informationen und Bestellung von Einzelexemplaren:
BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.
E-Mail: mail@bagsoz-stadt.de
Internet: <http://www.bagsozialestadtentwicklung.de>

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 2, 28.1.2010)

UPD Broschüre

Informationen für Einrichtungen der Selbsthilfe

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hat eine Informationsbroschüre speziell für Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfe entwickelt. Das Informationsheft beantwortet zahlreiche Fragen zu Organisation und Tätigkeit der UPD und zeigt verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Selbsthilfe und UPD auf. Die Broschüre beruht



auf einem UPD-Workshop im Februar 2009, an dem zahlreiche Selbsthilfeakteure und -akteurinnen teilgenommen hatten. Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland ist ein Verbund unabhängiger Beratungsstellen. Gesellschafter der UPD sind der Sozialverband VdK Deutschland e.V., der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. und der Verbund unabhängige Patientenberatung e.V. Gefördert vom GKV Spitzenverband, dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen, berät und informiert die UPD Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. |

Unabhängige Patientenberatung Deutschland – UPD <Berlin> / Burkhardt, Astrid [Red.]:
Informationen für Einrichtungen der Selbsthilfe. UPD Fachpublikation. Berlin 2009, 1. Aufl., 21 S.

PDF-Dokument der Broschüre im Internet unter:
<http://www.upd-online.de/upd-fachpublikationen.html>

(Quelle: UPD-Schreiben, Januar 2009)

Internet & neue Medien

Kriterienkatalog für Arztbewertungsportale

Bundesärztekammer und Kassenärztliche Bundesvereinigung haben gemeinsam einen Katalog mit Qualitätsanforderungen für Arztbewertungsportale herausgegeben. Der Katalog wurde von einem Expertenkreis des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin (ÄZQ) erarbeitet und richtet sich sowohl an Anbieter als auch Nutzer von Bewertungsportalen. Die Qualitätsanforderungen beziehen sich auf rechtliche – besonders datenschutzrechtliche – inhaltliche und technische Aspekte sowie auf Fragen der Verständlichkeit, Transparenz und Pflichten des Herausgebers. Nutzer/innen können an Hand der formulierten Kriterien die Qualität eines Angebotes prüfen. Für Entwickler und Bereitsteller von Portalen kann der Katalog Grundlage sein, ihr Angebot zu optimieren. Ein weiterer Katalog mit Qualitätsanforderungen für Klinikbewertungsportale soll noch in diesem Jahr 2010 vorliegen. |

Barrierefreies PDF-Dokument zum kostenlosen Download im Internet unter:
<http://www.aezq.de/edocs/pdf/info/arztportale-modul-1>
HTML-Version: <http://www.arztbewertungsportale.de>

(Quelle: Ärztliches Zentrum für Qualität in der Medizin, Pressemitteilung, 5.1.2010)

Elterntelefon erweitert Sprechzeiten

Das bundesweite Elterntelefon des deutschen Kinderschutzbundes hat seine Sprechzeiten verlängert. Um noch mehr Rat suchenden Erwachsenen helfen zu können, stehen die Mitarbeiter Montag bis Freitag von 9 bis 11 Uhr sowie zusätzlich Dienstag und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr für Anfragen zur Verfügung.

Das Elterntelefon ist in ganz Deutschland sowohl vom Festnetz als auch vom Handy aus kostenlos unter der Rufnummer 08 00 / 111 05 50 zu erreichen. Die Rufnummer erscheint als kostenlose Verbindung nicht auf den Rechnungen (Einzelgebühreennachweise) der Telefongesellschaften. |

(Quelle: Kinderschutz aktuell Nr. 4/2009)



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.



Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements nachhaltig verankern und fördern

Freiwilligenagenturen und -Zentren, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen sind zeitgemäße Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung. Sie haben sich als bedeutsame Vernetzungs- und Entwicklungsstrukturen der lokalen Förderung von freiwilligem Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe bewährt. Dies war die Meinung der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages und ist auch die Meinung des „Nationalen Forums für Engagement und Partizipation“. Empfohlen wird der nachhaltige Auf- und Ausbau dieser Einrichtungen: „Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, so die übereinstimmende Einschätzung im Nationalen Forum, sollten nachhaltig verankert und gefördert sowie trägerübergreifend vernetzt sein“ (Kurzfassung des ersten Zwischenberichts des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, S. 24).

Diese Sicht wurde in vielen politischen Stellungnahmen bestärkt und ist in Programme, die der Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements dienen, aufgenommen worden, wie z.B. in der vom BMFSFJ gestarteten Initiative ZivilEngagement „Miteinander – Füreinander“. Auch hier werden Infrastruktureinrichtungen für das Bürgerengagement vor Ort hervorgehoben, die durch Staat, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt werden müssten.

Eine besondere Form der Unterstützung der lokalen Engagementinfrastruktur sind die fach- und trägerübergreifenden Servicestellen und Netzwerknoten auf Bundesebene,

die einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherung und Nachhaltigkeit der Förderung, Beratung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen und Ländern leisten. Dies sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS), der Verbund der Freiwilligenzentren im Deutschen Caritasverband und die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS). Darüber hinaus sind bagfa, BaS und NAKOS für die Bundesregierung wichtige Partner auf Bundesebene zur Umsetzung von Programmen und neuen Vorhaben. Sie pflegen die Zusammenarbeit mit vielen anderen Organisationen oder Zusammenschlüssen der Infrastrukturförderung.

Die Geschäftsstelle der bagfa und die NAKOS als bundeszentrale Einrichtung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG) wurden bislang aus Bundesmitteln im Rahmen zeitlich befristeter Projektfinanzierungen auf der Basis einer Fehlbedarfsfinanzierung gefördert. Die jährliche Befristung und die Projektbezogene Form der Finanzierung erschweren erheblich eine verlässliche Sicherstellung der Aufgaben, die von diesen bundeszentralen Einrichtungen für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft geleistet werden. Auch für den Verbund Freiwilligen-Zentren im DCV gilt, dass die finanzielle Vorhaltung seiner zentralen Geschäftsstelle durch die allgemeine Entwicklung der Haushalte zunehmend erschwert ist.

In gleicher Weise wird auch die Finanzierung örtlicher Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung immer prekärer, und zwar in allen Organisationen.

Da die Arbeit und die Regiekosten der Geschäftsstellen bzw. Einrichtungen der genannten Organisationen dauerhaft nicht über Eigenmittel, Projektmittel, Stiftungen etc. abgedeckt werden können, ist eine Basisfinanzierung durch Bundesmittel in Form einer Infrastrukturförderung (auf der Basis einer Festbetragsförderung) sicherzustellen. Dem entgegen stehende haushaltsrechtliche Bedingungen sind zu ändern. Diese Auffassung wird auch vom Nationalen Forum geteilt: „Wünschenswert ist eine verlässliche „Sockelfinanzierung“ Engagement fördernder Infrastruktur durch die öffentliche Hand“ (Kurzfassung des ersten Zwischenberichts des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, S. 14).

Über die notwendige Förderung zentraler Stellen hinaus kommt es auch auf die Initiative des Bundes gegenüber Ländern und Kommunen an, die örtlichen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung durch eine „Sockelfinanzierung“ finanziell auf stabile Beine zu stellen. Natürlich haben Länder und Kommunen selbst ein starkes Interesse und sind sie in der Pflicht, aber es geht um ein gelungenes Zusammenwirken der drei staatlichen Ebenen, wie zum Beispiel im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, um Strukturen zu sichern und weiter zu entwickeln. Dieses Zusammenwirken voranzubringen, darin sehen wir eine Aufgabe des Bundes.

Mit einer Sockelfinanzierung streben die Engagement fördernden Einrichtungen keine institutionelle Förderung oder ausschließlich Fördermittel der öffentlichen Hand an. Das Ziel ist ein Finanzierungsmix (Basisfinanzierung aus öffentlichen Mitteln, ergänzende Projektmittel, Stiftungsmittel,

Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen, Mittel der gesetzlichen Sozialversicherungen etc.)

Um die Planungssicherheit zu erhöhen und die Kapazitäten verstärkt in die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements einbringen zu können und nicht durch die Mittelbeschaffung für eng befristete Projektförderungen zu binden, ist eine Verlängerung des Förderzeitraumes für Engagement fördernde Infrastruktureinrichtungen erforderlich. Fünf Jahre sind hierfür ein angemessener Zeitraum.

Ein solches Konzept zur Sicherung und Entwicklung einer nachhaltigen Infrastruktur sollte ein Kernelement des Bundesgesetzes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sein, wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen ist. Der Entbürokratisierung des Zuwendungsrechts kommt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine besondere Bedeutung zu. Mit einer entsprechenden Neuausrichtung seiner Förderstrukturen könnte der Bund wesentlich zur Stabilität, Qualität und Wirkung bestehender Infrastruktureinrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements beitragen und einen Grundstein für stabile und erweiterte Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit Stiftungen, Unternehmen, Versorgungseinrichtungen und weiteren staatlichen Institutionen legen – zum Nutzen engagierter und Engagement bereiter Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinwesen.

*Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freiwilligenagenturen (bagfa)*

*Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros (BaS)*

*Deutsche Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG)*

*Verbund der Freiwilligen-Zentren im
Deutschen Caritasverband*

Berlin, Bonn, Freiburg / Im Februar 2010

Politik muss gemeinnützigen Sektor stärken



„Bündnis für Gemeinnützigkeit“ mahnt Politik. Einseitige Wirtschaftsorientierung nicht zukunftsfähig. Sieben Forderungen

Das „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ aus acht Dachverbänden gemeinnütziger Organisationen mit insgesamt mehr als 10 Millionen Mitgliedern mahnt die Politik, das bürgerschaftliche Engagement weiter zu stärken. In der begonnenen Legislaturperiode seien eine weitere Reform der Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientierte Aktivitäten erforderlich sowie eine Stabilisierung der „Engagement-Infrastruktur“. Für eine entsprechende „Engagementpolitik aus einem Guss“ fordert das Bündnis ein umfassendes ‚Gesetz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements‘.

Das neue Gesetz solle im Unterschied zu dem 2007 verabschiedeten ‚Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements‘ nicht auf das Steuerrecht beschränkt bleiben; vielmehr seien weitere Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Konkret sei das derzeitige Zuwendungsrecht hinderlich; zudem seien die verschiedenen Freiwilligendienste einheitlicher zu regeln. Das Gemeinnützigkeitsrecht sei derzeit nicht „europatauglich“. Das Stiftungsrecht und Stiftungssteuerrecht bedürfe weiterer Modernisierung. Zudem schlägt das Bündnis vor, die verschiedenen unkoordinierten Förderinstrumente in einem bundeseinheitlichen Förderinstrument zu bündeln.

„Je mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, dass der Dritte Sektor den Sektoren Staat und Wirtschaft gleichrangig ist, umso eher ist eine humane und zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen. Unsere Gesellschaft gerät aus der Balance, wenn einseitig wirtschaftliches Denken oder Fixierung auf staatliche Lösungen den Blick verengen,“ so Hans Fleisch, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und Mitglied des Bündnisses für Gemeinnützigkeit. Das „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ vertritt seit Mai 2009 gemeinsam die Interessen des organisierten Dritten Sektors. Das Bündnis wird getragen von: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Olympischer Sportbund, Deutscher Spendenrat, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VENRO – Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen. |

Diese Pressemitteilung und die „Genshagener Erklärung“ finden Sie im Internet unter:

<http://www.stiftungen.org/presse>

(Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Pressemitteilung, Berlin, 4.2.2010)

Gesundheit für alle – Gesunde Städte-Netzwerk

Das bundesdeutsche Gesunde Städte-Netzwerk wurde 1989 in Frankfurt am Main durch 9 Großstädte und einen Kreis gegründet. Seitdem hat das Netzwerk eine ungeahnte Ausdehnung erlebt: heute gehören ihm über 60 Kommunen an. Als Nachtrag zu unseren Glückwünschen im INFO 99 bieten wir einen Einblick in Programm und Struktur des Netzwerkes. |

NAKOS INFO Red.

9-Punkte-Programm zum Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Zweckbestimmung

Das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen. Die beteiligten Kommunen haben sich mit diesem Netzwerk ein Lern-, Aktions- und Diskussionsinstrument geschaffen, mit dem sie ihre eigene Arbeit im Sinne der Gesunde Städte-Konzeption „vor Ort“ unterstützen und bereichern können. Für diese Funktion hat der gegenseitige Informations- und Erfahrungsaustausch eine hohe Bedeutung. Alle Mitglieder müssen für die Erfüllung dieser Zweckbestimmung Sorge tragen.

Das Leitbild „Gesunde Stadt“ braucht zu seiner Umsetzung die prozesshafte Verwirklichung von Voraussetzungen, die im Folgenden als „Kriterien für die Teilnahme am Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland“ beschrieben sind.

Kriterien für die Teilnahme am Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland

Städte, Kreise oder Stadtbezirke, die bereit sind, in ihrer Stadt, ihrem Kreis oder ihrem Bezirk (im folgenden „Städte“) ein Gesunde Städte-Projekt durchzuführen und sich auf das 9-Punkte-Programm verpflichten, können dem Gesunde Städte-Netzwerk beitreten.

Ein schriftlicher Antrag der beitragsbereiten Kommune ist an das Gesunde Städte-Sekretariat in Münster zu stellen, im dem folgende Selbstverpflichtungen explizit enthalten sind:

Punkt 1: Der Rat der Stadt befürwortet die Gesunde Städte-Konzeption und erklärt sich damit gleichzeitig mit den Zielen und Inhalten der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung (1986) einverstanden.

Mindeststandard:

Es wird für den Beitritt in das Gesunde Städte-Netzwerk eine Beschlussvorlage erarbeitet, welcher der Rat zustimmt.

Der Rat der Stadt beschließt über den Eintritt in das Gesunde Städte-Netzwerk und über den Austritt. Im Falle des Austritts müssen vor der Entscheidung der Koordinator / die Koordinatorin der Kommune und der Koordinator/die Koordinatorin der Initiativen, Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Projekte gehört werden.

Punkt 2: Die Benennung einer für die kommunale Gesunde Städte-Arbeit zuständigen Person hat verbindlich zu erfolgen.

Mindeststandard:

Die verantwortliche Ansprechperson erfüllt die Aufgaben des kommunalen Koordinators / der kommunalen Koordinatorin der Gesunde Städte-Arbeit.

Punkt 3: Eine ressortübergreifende gesundheitsfördernde Politik ist zu entwickeln. Dafür werden die verschiedenen Politikbereiche und Fachämter über die Gesunde Städte-Konzeption informiert. Weitere Institutionen (Krankenkassen, Verbände, Bildungseinrichtungen, Wissenschaft, Wirtschaft usw.) sowie Bürgerinitiativen sind in diesen Prozeß einzubeziehen. Die Einrichtung entsprechender kooperativer Infrastrukturen (Gesundheitsförderungskonferenz) wird für die Umsetzung einer präventiven Gesundheitspolitik empfohlen.

Mindeststandard:

Intersektorale Kooperationsstrukturen werden genutzt, entwickelt und gestärkt.

Punkt 4: Gesundheitsfördernde Inhalte und Methoden sollen bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden.

Dafür sind entsprechende Voraussetzungen zu entwickeln.

Mindeststandard:

Die für die Gesunde Städte-Arbeit verantwortliche Ansprechperson wird über städtische Planungen, die gesundheitliche Belange berühren, frühzeitig und vollständig informiert.

Punkt 5: Ziel ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt an der Gestaltung ihrer Lebens- und Umweltbedingungen beteiligen können. Für diese Mitwirkung wird die Schaffung geeigneter Unterstützungs- und Koordinierungsstrukturen empfohlen.

Mindeststandard:

Die vorhandenen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten werden seitens der Kommune den Bürgerinnen und Bürgern transparent gemacht und umgesetzt.

Punkt 6: Verständliche und zugängliche Informationen und Daten sollen den Prozess zu einer Gesunden Stadt begleiten (Gesundheits- und Sozialberichterstattung).

Mindeststandard:

Gesundheits- und Sozialberichterstattung muß von der Analyse über die Möglichkeiten der Beratung bis zur konkreten Handlung als kommunale Gemeinschaftsaufgabe begriffen und umgesetzt werden.

Punkt 7: Die Teilnahme an gemeinsamen Treffen mit Delegierten der am Netzwerk beteiligten Städte soll den gegenseitigen Austausch und die Weiterentwicklung der gesundheitsfördernden Aktivitäten gewährleisten.

Die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung ist zu ermöglichen für je einen Vertreter / eine Vertreterin der Mitgliedsgebietskörperschaft und je einem Vertreter / einer Vertreterin aus dem Kreis der Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Projekten der Mitgliedsgebietskörperschaft, der / die in der jeweiligen Kommune gewählt wird. Die Beteiligung an weiteren Treffen (z.B. Symposium, Workshops) ist zu unterstützen.

Mindeststandards:

Die Vertreterin / der Vertreter des Bereichs der Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, selbstorganisierten Projekten muss in transparenter Abstimmung ausgewählt werden.

Die Kosten für die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung trägt die Kommune.

Punkt 8: Erfahrungen, Erkenntnisse und praktikable Modelle zur Gesundheitsförderung sind an das Gesunde Städte-Sekretariat zur Verbreitung im Netzwerk zu übermitteln.

Mindeststandard:

Die Mitglieder informieren das Gesunde Städte-Sekretariat regelmäßig und umfassend über ihre Aktivitäten, um einen lebendigen Informationsfluß im Netzwerk zu gewährleisten.

Punkt 9: Alle 4 Jahre trägt das Gesunde Städte-Mitglied den anderen Netzwerkmitgliedern seinen Erfahrungsbericht vor, der die Erkenntnisse aus der kommunalen Gesunde Städte-Arbeit reflektiert.

Spätestens nach 4 Jahren werden die zuständigen Gremien in der Stadt (Stadtrat und / oder Fachausschuss / Fachausschüsse) über die kommunale Umsetzung der Gesunde Städte-Programmatik infor-

miert um über die weitere Arbeit zu entscheiden.

Mindeststandard:

Der Erfahrungsbericht baut auf dem 9-Punkte-Programm und den Mindeststandards auf und stellt den Ertrag der Mitgliedschaft im Netzwerk dar.

Diese Beitrittskriterien sind auf der Mitgliederversammlung am 24. und 25. Mai 1993 in Greifswald beschlossen worden; Punkt 9 wurde am 7. Juni 2000 in Osnabrück verändert; die Mindeststandards sind auf der Mitgliederversammlung am 11. Juni 1999 in Frankfurt / Main verabschiedet worden. |

Die Netzwerkstrukturen des Gesunde Städte-Netzwerks



Funktionierende Netzwerkstrukturen sind für die Umsetzung der Gesunde Städte-Konzeption notwendig. Das Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich durch die folgenden Strukturen mit entsprechenden Aufgaben aus:

- die Mitgliederversammlung, die über die inhaltliche Arbeit des Netzwerks berät und Beschlüsse fasst
- den Sprecherinnen- und Sprecherat, der das Netzwerk nach außen präsentiert
- die Kompetenzzentren, die spezielle Bausteine der Gesundheitsförderung methodisch umsetzen
- die Regionalen Netzwerke, welche Zusammenarbeit von Mitgliedsstädten in den einzelnen Regionen verbessern, und

- das Sekretariat, welches für die Geschäftsführung des Netzwerkes zuständig ist.

In allen Netzwerkstrukturen soll die Kooperation von Vertreter/innen der Kommunen sowie von Selbsthilfegruppen und Initiativen soweit wie möglich gewährleistet sein. |

Weitere Informationen bei der Selbsthilfe-Kontaktstelle Münster
 Renate Ostendorf
 Tel: 02 51 / 51 12 63
 oder beim
 Gesunde Städte-Sekretariat
 Gesundheitsamt Münster
 Christine Menke
 48127 Münster
 Tel: 02 51 / 492-53 88
 E-Mail: gsn@stadt-muenster.de

Neue Beauftragte der Bundesregierung

Nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 hat die neue Bundesregierung zahlreiche Funktionen neu besetzt, darunter auch die Ämter folgender Bundesbeauftragten:

- Der langjährige behindertenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Hubert Hüppe, ist neuer Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. Der 53-Jährige ist selbst Vater eines behinderten Sohnes und Mitglied im Bundesvorstand der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Hüppe trat am 1.1.2010 die Nachfolge von Karin Evers-Meyer (SPD) an, die das Amt seit 2005 ausgeübt hatte. Der Behindertenbeauftragte hat nach § 15 Behindertengleichstellungsgesetz die Aufgabe darauf hinzuwirken, dass die Verantwortung des Bundes, für gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen zu sorgen, erfüllt wird.

Internet: <http://www.behindertenbeauftragter.de>

- Der CSU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zöllner wurde am 19.11.2009 zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten ernannt. Der 67-jährige Gesundheitspolitiker ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und war von 2004 bis November 2009 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit den Aufgabenbereichen Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft

und Verbraucherschutz. Er folgt auf Helga Kühn-Mengel (SPD), die das Amt seit Anfang 2004 inne hatte. Der Beauftragte setzt sich für die Interessen der Patientinnen und Patienten ein. Das gilt insbesondere hinsichtlich ihrer Rechte auf umfassende und unabhängige Beratung und objektive Information durch Leistungserbringer, Kostenträger und Behörden im Gesundheitswesen.

Internet: <http://www.patientenbeauftragter.de>

- Neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung und damit Nachfolgerin von Sabine Bätzing (SPD) ist seit dem 19.11.2009 die Bundestagsabgeordnete Mechthild Dyckmans. Die FDP-Politikerin ist Mitglied im Rechtsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages. Seit 1977 war sie als Richterin tätig, zuletzt bis 2005 am Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel. Die 59-jährige ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Die Beauftragte koordiniert die Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Weiterentwicklung der Suchtprävention und des Hilfesystems, die Verringerung des Konsums von Alkohol, Tabak und Medikamenten sowie die Bekämpfung der Abhängigkeit von illegalen Drogen.

Internet: <http://www.drogenbeauftragte.de>

NAKOS INFO Red.

(Quellen: Bundesmin. für Arbeit und Soziales und Bundesmin. für Gesundheit, 19. und 31.11.2009)

Bundesdatenschutzgesetz verlangt öffentliches Verzeichnisse

Nach Paragraph 4 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) muss jede staatliche oder private Stelle, die personenbezogene Daten speichert, den Umgang mit diesen Daten dokumentieren. Gesetzlich vorgeschrieben sind Angaben darüber, zu welchem Zweck die Datenerhebung erfolgt, welche Daten erfasst werden, was mit ihnen geschieht und wann sie gelöscht werden. Dieses *öffentliche Verzeichnisse (öVV)* muss auf Antrag jeder Person zugänglich gemacht werden, von der personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden.

Personenbezogene Daten sind zum Beispiel Name, E-Mail-Adresse, Privat- oder Dienstadresse sowie Bilder – aber auch die IP-Adresse des Rechners, der benutzt wird. Diese Daten werden in unterschiedlichem Umfang beim Absenden elektronisch ausgefüllter Formulare (etwa bei Bestellungen über das Internet oder einer Kontaktaufnahme per E-Mail), über Onlineumfragen, Onlinerecherchen oder Onlineberatung sowie über Logins (Foren, Chats, Gästebücher, Intranet) und für Internetstatistiken erhoben.

Eine transparente Datenerhebung sowie der konsequente Schutz der Privatsphäre bei der Nutzung der Webseite, beim Bestellen von Materialien oder bei E-Mail-Anfragen sind auch der NAKOS sehr wichtig. Deshalb wurde das Verzeichnisse auf

freiwilliger Basis auf der Internetseite veröffentlicht. So können Nutzer/innen jederzeit Einsicht nehmen und sicher sein, dass mit ihren Daten verantwortungsbewusst umgegangen wird.

In dem öffentlichen Verzeichnisse finden sich unter anderem Angaben über die Zweckbestimmungen der Datenerhebung und über die Regelfristen zur Löschung. Zudem wird aufgelistet, welche Personengruppen Zugang zu den Daten haben und wie die Daten vor unberechtigtem Zugriff geschützt sind. Zugleich wird generell die Weitergabe von Zugriffsdaten an Dritte ausgeschlossen.

Die NAKOS hat das Verzeichnisse mit Hilfe des Datenschutz-Assistenten (www.mein-datenschutzassistent.de) der zone35 GmbH & Co. KG, Agentur für digitale Kommunikation, erstellt, welches in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e.V., speziell für Online-Beratungsstellen konzipiert und realisiert wurde. Aber auch andere Einrichtungen finden darin ein nützliches Werkzeug, um schnell und einfach ein passendes Verzeichnisse zu generieren. |

NAKOS INFO Red.

Ein Bankkonto für eine Selbsthilfegruppe

Ein Bankkonto hat heute fast jede/r. Eine Ausnahme hiervon bilden jedoch unzählige Selbsthilfegruppen. Der Austausch von bedeutsamen Erfahrungen, das verständnisvolle Zuhören oder ein unterstützendes Beraten untereinander erfordern gewöhnlich kein Bankkonto. Zudem kostet ein Bankkonto Geld. Kosten, die Selbsthilfegruppen wegen ohnehin vorhandener Finanzknappheit gern vermeiden. Meist gibt es nur eine kleine Kaffeekasse aus der die Kleinigkeiten der Gruppentreffen bestritten werden. Sollte tatsächlich mal eine Banküberweisung erforderlich werden, erledigt dies gewöhnlich ein Mitglied der Gruppe kurzerhand über das eigene Gehaltskonto. Seit 2010 ist das anders. *Selbsthilfegruppen, die Fördermittel nach § 20c SGB V beantragen und erhalten, benötigen zum Erhalt von Zuwendungen ein eigenes Bankkonto* – mithin

eine auf Dauer angelegte vertragliche Geschäftsbeziehung zu einem Kreditinstitut. Für Gruppen, die ohnehin ein eingetragener Verein (e.V.) sind, ist das Erfordernis eines eigenen Bankkontos kein Problem. Sie gehen zu einer Bank oder Sparkasse, verhandeln dort über die möglichen Konditionen und eröffnen mit den notwendigen Unterlagen ein Konto. Ist die Selbsthilfegruppe jedoch nicht rechtsfähig organisiert, wird sie als Gruppe kein Bankkonto eröffnen können. Mehrere gesetzliche Bestimmungen, die nicht ohne weiteres mit der Organisationsform „Selbsthilfegruppe“ und dem Selbstverständnis von Selbsthilfegruppen kompatibel sind, stehen dem entgegen. Bevor eine Selbsthilfegruppe sich ein Bankkonto zulegen kann, sind zwei grundsätzliche Dinge zu klären: 1. Wie kann die Selbsthilfegruppe Rechtsfähigkeit erlangen und 2. Welches Konto ist das richtige?

§ 154 Abgabenordnung (AO)

(1) Niemand darf auf einen falschen oder erdichteten Namen für sich oder einen Dritten ein Konto einrichten oder Buchungen vornehmen lassen, Wertsachen (Geld, Wertpapiere, Kostbarkeiten) in Verwahrung geben oder verpfänden oder sich ein Schließfach geben lassen.

(2) Wer ein Konto führt, Wertsachen verwahrt oder als Pfand nimmt oder ein Schließfach überlässt, hat sich zuvor Gewissheit über die Person und Anschrift des Verfügungsberechtigten zu verschaffen und die entsprechenden Angaben in geeigneter Form, bei Konten auf dem Konto, festzuhalten. Er hat sicherzustellen, dass er jederzeit Auskunft darüber geben kann, über welche Konten oder Schließfächer eine Person Verfügungsberechtigt ist.

(3) Ist gegen Absatz 1 verstoßen worden, so dürfen Guthaben, Wertsachen und der Inhalt eines Schließfachs nur mit Zustimmung des für die Einkommen- und Körperschaftsteuer des Verfügungsberechtigten zuständigen Finanzamts herausgegeben werden.

Wer darf ein Bankkonto führen?

Jede natürliche und jede juristische Person. Dabei gelten in Deutschland die Prinzipien der so genannten „Kontenwahrheit“ und „Kontenklarheit“. Sie sind durch die Abgabenordnung (AO) geregelt. Danach dürfen Konten nicht auf einen anderen Namen als dem eigenen geführt werden. Die Banken sind verpflichtet, dies prüfend sicherzustellen. Bei natürlichen Personen erfolgt die Legitimationsprüfung gewöhnlich durch Personalausweis, bei juristischen Personen muss sich die Bank die Existenz durch einen aktuellen Auszug aus dem entsprechenden öffentlichen Register nachweisen lassen. Durch diese Vorschrift will der Gesetzgeber das spurlose Verschwinden von Geldern, Betrügereien oder auch Geldwäsche verhindern. Lotte Strohfrau hat mithin nachvollziehbare Schwierigkeiten, ein Konto auf den Namen „Stimmen hören“ zu eröffnen.

Selbsthilfegruppen sind Personengesellschaften

Wenn mindestens zwei Personen sich zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes zusammenschließen, handelt es sich um „Personenmehrheiten“. Eine Selbsthilfegruppe ist in diesem Sinne des Gesellschaftsrechts eine Personengesellschaft und damit eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR), auch BGB-Gesellschaft genannt.

Die GbR / BGB-Gesellschaft

Die Personen einer GbR verpflichten sich gegenseitig zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, hier: durch Selbsthilfe. Diese Personengemeinschaft ist keine juristische Person und auch keine kaufmännische Gesellschaft. Dennoch kann sie über eine eingeschränkte Rechtsfähigkeit verfügen, die es ihr ermöglicht, ein Bankkonto zu führen. Die gesetzlichen Grundlagen sind im Bürgerlichen

Bankkonto für eine Selbsthilfegruppe ohne jegliche vertragliche Vereinbarung

Kontoführung:	a) auf den alleinigen Namen eines Gruppenmitgliedes, oder b) auf den Namen mehrerer Gruppenmitglieder gemeinsam
Kontobezeichnung:	persönliche/r Name/n der Kontoinhaber, evtl. mit Zusatz → „SHG XY“
Kontoeröffnung:	persönliche Legitimation der Kontoinhaber
Kontoart:	privates Girokonto oder privates Gemeinschaftskonto → (Und-Konto bzw. Oder-Konto)
Vorteil:	+ schnelle, pragmatische Lösung
Nachteil:	- ist kein eigenes Konto der Selbsthilfegruppe - „Vermögen“ geht in den Besitz des Mitgliedes über und ist dem Zugriff der Gruppe entzogen - steuerliche Auswirkung beim/bei den Kontoinhaber/n - Probleme bei Tod oder Insolvenz des Kontoinhabers
Nur in Ausnahmefällen oder bei sehr geringen Zuwendungsbeträgen geeignet.	

Gesetzbuch (BGB) §§ 705 ff geregelt. Die Führung der (Bank-)Geschäfte obliegt in einer GbR allen Gesellschaftern (Gruppenmitgliedern) gleichermaßen. Ebenso haften allerdings auch alle gesamtschuldnerisch, das heißt, jeder Gesellschafter haftet uneingeschränkt sowohl mit dem Gesellschaftsvermögen als auch mit seinem Privatvermögen. Vermögen oder Gewinne haben zudem steuerliche Auswirkung bei jedem einzelnen Gesellschafter. Die GbR kann den Namen aller Gesellschafter mit einem „GbR“ Zusatz führen – bei mehr als drei Personen nicht wirklich praktikabel – sich aber auch eine so genannte Geschäftsbezeichnung, eine firmenähnliche Bezeichnung geben. Mittels eines Gesellschaftsvertrages können abweichende Regelungen getroffen werden. Sinnvoll ist die schriftliche Abfassung des Gesellschaftsvertrages, um die Bedingungen einer GbR an die Bedürfnisse der

Selbsthilfegruppe anzupassen, aber auch um spätere Streitigkeiten zu vermeiden. In dem Vertrag wird z.B. die gemeinsame Namensgebung festgelegt, der Zweck der GbR, die Übertragung der Geschäftsführung an einen oder mehrerer der Gesellschafter, oder auch dass sich die GbR nicht automatisch auflöst, wenn einer der Gesellschafter die Gemeinschaft verlässt oder stirbt, usw. Doch Vorsicht! Stricken Sie sich den Gesellschaftsvertrag nicht unbedacht selbst und kopieren Sie nicht irgendeinen aus dem Internet. Lassen Sie sich hierfür lieber anwaltlich beraten und insbesondere mögliche Haftungsrisiken und steuerlichen Auswirkungen auf ihre persönliche Situation oder auf eine Hartz IV-Situation (!) erläutern.

Der nicht eingetragene Verein
Ein „nicht eingetragener Verein“ ist durch seine Satzung körperschaftlich

Bankkonto für eine Selbsthilfegruppe, organisiert als nicht eingetragener Verein

Kontoführung:	auf den Namen des Vereins gemäß Satzung
Kontobezeichnung:	Name laut Satzung
Kontoeröffnung:	Legitimation durch Satzung, Protokoll der Mitgliederversammlung sowie persönliche Legitimation der gewählten Vertretungsberechtigten
Kontoart:	geschäftliches Girokonto
Vorteil:	+ ist ein eigenes Konto des Vereins (der Selbsthilfegruppe) + im Zahlungsverkehr ist der Verein (die Selbsthilfegruppe) das Subjekt + vorhandene Mustersatzungen der Finanzverwaltung können genutzt werden
Nachteil:	- körperschaftliche Organisationsform mit Rechten und Pflichten (Mitgliederversammlung, Wahlen, etc.)
Geeignet für Selbsthilfegruppen mit mehr als 7 Mitgliedern.	

organisiert, mithin keine Personengesellschaft, und (teil-)rechtsfähig. Er wird nach den Regeln des Vereinsrechts gegründet und geführt, aber im Vereinsregister nicht eingetragen. In der Satzung sind u.a. Name und Zweck festgelegt und der Verein handelt durch seine Organe, die Mitgliederversammlung und den Vorstand. Letzterer führt die Geschäfte. Der Bestand des Vereins ist unabhängig vom Ein- oder Austritt der Mitglieder. Für die Gründung können die Mustersatzungen der Finanzverwaltung genutzt werden. Der nicht eingetragene Verein kann auf seinen Namen ein Konto eröffnen.

Welches Konto?

Die Frage nach der Art des Kontos ist zumeist durch die Frage nach den Kosten hierfür geleitet, gleichwohl die Art der Rechtsfähigkeit des Kontoinhabers die Antwort bestimmt. Für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs

(dem Erhalt von Fördermitteln) benötigten Privatpersonen, Firmen, Kommunen, etc. – so auch Vereine oder Gruppen – ein Girokonto (Kontokorrentkonto). Die Abwicklung von Zahlungsverkehr über ein Sparkonto ist nicht möglich (RechKredV § 21 Abs. 4). Privatpersonen haben ein Privatkonto, für das die Kreditinstitute Kontoführungsgebühren erheben. Geht auf dieses Konto regelmäßig das Gehalt des Kontoinhabers ein, wird das Konto als so genanntes Gehaltskonto mit meist geringeren oder gar keinen Kontoführungsgebühren geführt. Juristische Personen bzw. (teil-)rechtsfähige Organisationen besitzen Geschäftskonten (Firmenkonten). Die Kontoführungsgebühren hierfür können von denen für ein Privatkonto abweichen, sind jedoch oft auch gleich. Banken und Sparkassen erheben Gebühren für die Kontoführung in sehr unterschiedlicher Höhe. Die Angaben hierzu müssen in den

Bankkonto für eine Selbsthilfegruppe mit Gesellschaftsvertrag	
Kontoführung:	durch die im Vertrag genannte Geschäftsführung
Kontobezeichnung:	Name der Gesellschaft gemäß Vertrag, gegebenenfalls mit Zusatz GbR, ARGE oder SHG
Kontoeröffnung:	Legitimation durch Gesellschaftsvertrag und Protokoll der Gesellschafterversammlung sowie persönliche Legitimation der benannten Geschäftsführung
Kontoart:	geschäftliches Girokonto
Vorteil:	+ ist ein eigenes Konto der Selbsthilfegruppe + im Zahlungsverkehr ist die GbR (die Selbsthilfegruppe) das Subjekt
Nachteil:	- schriftliche vertragliche Regelung erforderlich - juristische und steuerberatende Hilfestellung erforderlich um die vertragliche Gestaltung für die Selbsthilfegruppe passend zu machen und um Haftungs- und Steuerrisiken auszuschließen
Geeignet für Selbsthilfegruppen, die relativ dauerhafte „Gesellschafter“ haben.	

Girokonto: Dient der Abwicklung des Zahlungsverkehrs
Gemeinschaftskonto: Mehrere Personen sind Kontoinhaber. Zivilrechtlich wird jedem der Kontoinhaber ein gleicher Anteil des Kontoguthabens zugerechnet. Auch steuerrechtlich wird jedem der Kontoinhaber der Zufluss als Einnahmen bzw. Zinsertrag zugerechnet, unabhängig von der Herkunft des Geldes. Es kann passieren, dass jeder für Schulden aus dem Konto aufkommen muss, auch wenn ein anderer der Kontoinhaber es verursacht hat. Es gibt zwei Konto-Varianten: **Und-Konto:** Die Kontoinhaber verfügen nur gemeinschaftlich über das Konto. Bankkarten oder Online-Banking ist nicht möglich. (Ausnahme: Die Kontoinhaber erteilen sich gegenseitig Einzelvollmacht.) **Oder-Konto:** Die Kontoinhaber führen das Konto gemeinsam und sind einzeln Verfügungsberechtigt.
Sparkonto: Dient der Aufbewahrung von Einlagen und dem Ansammeln von Vermögen. Die Abwicklung von Zahlungsverkehr über ein Sparkonto ist nicht möglich.

Bankfilialen öffentlich aushängen. Manche Kreditinstitute bieten Vereinen auch preiswerte Sonderkonditionen an, die man jedoch erfragen muss. Darüber hinaus haben die Filialleiter/innen durchaus Gestaltungsspielräume „nach unten“. Fragen Sie Ihre Bank und verhandeln Sie über die Konditionen. Es lohnt sich! |

Daniela Weber, NAKOS

Weitere Informationen, Fallbeispiele und nützliche Downloads finden Sie im Internet unter:
<http://www.nakos.de/site/grundlagen-und-erfahrungen/rahmenbedingungen/>

Selbsthilfekontaktstelle in Schwerin fordert gleiche Chancen für verbandsunabhängige (freie) Selbsthilfegruppen



„Wir lassen uns unser solidarisches Miteinander nicht zerstören“, sind sich die Sprecher/innen der Schweriner Selbsthilfegruppen einig. Auf einem Gesamttreffen am 4. Februar 2010 in der Schweriner Selbsthilfekontaktstelle wandten sie sich einhellig gegen eine Neuregelung in den Grundsätzen der gesetzlichen Krankenkassen zur Selbsthilfeförderung nach

§ 20 c SGB V. Diese fordert, dass jede Selbsthilfegruppe künftig ein eigenes Konto anlegen soll; die Gruppen werden dadurch gedrängt, sich einem Dachverband anzuschließen oder einen eigenen Verein zu gründen. Selbsthilfekontaktstellenleiterin Silke Gajek erläutert das Problem: „Für Selbsthilfegruppen mit fester Struktur beispielsweise in Landesverbänden ist

eine eigene Kontoführung kein besonderes Problem – außer, dass sich jemand dafür verantwortlich fühlen muss. Doch eine ganze Reihe unserer Gruppen wie die Selbsthilfegruppen Messie, Transgender oder Mobbing wären damit einfach überfordert.“ Dazu käme, dass solche Hürden vor allem junge Menschen von der Selbsthilfe fernhalten. Silke Gajek: „Mehr und mehr kommen junge Leute zu uns mit verschiedenen Problemlagen, die Interesse an der Selbsthilfe haben. Es hat sich auch in Schwerin gezeigt, dass junge Menschen die Gruppenangebote jedoch eher zeitlich begrenzt nutzen. Dann noch ein extra Bankkonto einzurichten, übersteigt ihre Vorstellung von Selbsthilfe.“ Das kann Franziska Riedel, die sich in der jungen Selbsthilfegruppe für BAHA-Träger (ein neuartiges Hörimplantat) und bei den Essgestörten engagiert, nur bestätigen. „Gerade Letztere können sich kaum selbst helfen“, sagt sie. „Wie sollen sie den Mehraufwand bewältigen?“ Seit nunmehr zehn Jahren stellt die Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS Schwerin) den Selbsthilfegruppen unter ihrem Dach ein Treuhandkonto zur Verfügung. Dieses Angebot wurde anfangs von ca. 25 Gruppen genutzt; heute sind es mehr als doppelt so viele. Schwerin hat insgesamt ca. 135 Selbsthilfegruppen. Erika Zeuke von der Selbsthilfegruppe Schlafapnoe lehnt ein eigenes Konto kategorisch ab. „Wir haben in unserer Gruppe 26 Mitglieder. Ich fühle mich sicherer, wenn ich alle Abrechnungen über die KISS machen kann und diese

Dinge nicht mit nach Hause nehmen muss“, sagt sie. Dietlinde Lippmann von der Gruppe „Fit in jedem Alter“ ergänzt: „Wir können jederzeit über unsere Gelder verfügen und in die Abrechnung einsehen. Das Treuhandkonto ist für mich eine Form der offenen und sicheren Arbeit.“ Seit dem Jahre 2000 bietet die Schweriner Selbsthilfekontaktstelle zusätzlich jährlich über 60 Selbsthilfegruppen Beratungen sowohl bei der Antragstellung für Pauschal-, als auch Projektförderung an. Die Selbsthilfegruppensprecher/innen können sich durch diese Dienstleistung mehr um ihre originären Aufgaben kümmern. Sie sind schon heute mit der Organisation von Vorträgen, Veranstaltungen und vor allem dem Zusammenhalt der Gruppe rund um die Uhr beschäftigt. Oftmals wird gefragt, ob diese zusätzlich angebotenen Beratungen zum Aufgabengebiet der Selbsthilfekontaktstelle gehören und ob Selbsthilfegruppen dadurch entmündigt oder abhängig werden. Silke Gajek: „Einmal im Jahr habe ich zu den Selbsthilfegruppen, die das wollen, Kontakt und ein intensives Beratungsgespräch. Dabei erfahre ich, wo der Schuh drückt und gegebenenfalls Unterstützung notwendig wird. Es wird die Arbeit eines Jahres reflektiert und der Förderantrag gemeinsam erarbeitet. Diese Beratungen sind eine gute Zeitinvestition – für beide Seiten.“ Die Anträge werden dann in der Selbsthilfekontaktstelle gesammelt und an die Kassen weitergeleitet. Das spart zudem Porto und Büromaterial. In diesem Zusammenhang darf eines nicht vergessen werden. Silke Gajek:

„Wir leben in ländlichen Strukturen, wo sich oftmals Projekte nur lohnen, wenn sich mehrere Selbsthilfegruppen zusammenschließen. Die Entfernungen sind einfach zu groß, von der Facharztsituation ganz zu schweigen.“ Im Durchschnitt beantragen die Selbsthilfegruppen zwischen 100 bis 500 Euro als pauschale Zuwendung bei den Krankenkassen, die Projekte bewegen sich im gleichen Spektrum. Ob sie die Angebote der Kontaktstelle in Anspruch nehmen, entscheiden sie selbst. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den vergangenen zehn Jahren durchweg gute Erfahrungen gesammelt werden konnten. Die Kontaktstelle und Selbsthilfegruppen kooperieren gut und verstehen sich als Partner. Es sei am Rande darauf hingewiesen, dass der Vorstand der Schweriner Selbsthilfegruppen aus Mitarbeitern der IKK-Nord, der AOK Mecklenburg-Vorpommern sowie der Techniker Krankenkasse diesen Prozess von Anfang unterstützte. Das Auflösen dieses Netzwerkes zerstört nachhaltig gewachsene regionale Strukturen. Silke Gajek betont: „Ich habe den Eindruck, dass hier Regelungen am ‚Grünen Tisch‘ getroffen werden, ohne die wirklichen Bedingungen zu kennen. In Mecklenburg-Vorpommern sind mehr als die Hälfte aller Selbsthilfegruppen nicht verbandlich organisiert. Sie über formale Zwänge dazu zu nötigen kann bedeuten, dass die verbandsunabhängige Selbsthilfe auf der Strecke bleibt.“ Das Gesamttreffen hat eine Petition verabschiedet, die den Bundestagsabgeordneten und der Sozialministerin des Landes

übergeben wird. Die Selbsthilfegruppensprecher/innen sind sich einig. „Wir lassen uns unser solidarisches Gefüge nicht zerstören.“ Ein weiteres Problem der freien Selbsthilfegruppen wird darin gesehen, dass sie nicht in den entscheidenden Gremien vertreten sind. „Deshalb müssen wir unsere eigene Lobby schaffen“, erklärt Michael Höppner, Sprecher der Newcomer-Selbsthilfegruppe und Mitglied im ARGE-Ausschuss. Das Gesamttreffen hat deshalb zusätzlich beschlossen, dass drei Arbeitsgruppen für die verschiedenen Krankheitsbilder von chronischen Erkrankungen über Sucht bis zur Psychosomatik ins Leben gerufen werden. Ziel ist es, konkrete Forderungen an bestehende Landesinstitutionen sowie an Landtag und Bundestag zu richten. Diese werden den Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern des Gesundheitsausschusses am 29. April 2010 in Schwerin vorgestellt. Über die Ergebnisse werden wir berichten. |

Silke Gajek

KISS Schwerin
Spieltordamm 9
19055 Schwerin
Tel: 03 85 / 392 43 33
Fax: 03 85 / 392 20 52
E-Mail: info@kiss-sn.de,
presse@kiss-sn.de
Internet: <http://www.kiss-sn.de>

KOMPAKT



Europäisches Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Die Europäische Kommission hat 2010 als Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen (EJ 2010). Damit will die Kommission das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen schärfen. In Deutschland ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Durchführung des EJ 2010 beauftragt. Am 25. Februar 2010 fand die Auftaktveranstaltung in Berlin statt. |

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/?id=main1&news=341> und <http://www.mit-neuem-mut.de>

(Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Pressemitteilung, 21.1.2010)

Spendenmonitor 2009

Die Deutschen haben im letzten Jahr ca. 2,9 Milliarden Euro an gemeinnützige Organisationen gespendet. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Gesamtspendensumme trotz Wirtschafts- und Finanzkrise leicht erhöht. Das ist ein Ergebnis des Spendenmonitors 2009, der Anfang Dezember vorgestellt wurde. Insgesamt haben zwar weniger Personen als bisher gespendet (39 %, im Vorjahr 42 %), dafür aber höhere Beträge. Pro Kopf wurden im Durchschnitt 115 Euro gespendet. |

Download des Spendenmonitors im Internet unter: http://www.tns-infratest.com/presse/pdf/Presse/2009_12_01_15_Jahre_Deutscher_Spendenmonitor.pdf

(Quelle: Evangelisches Bildungswerk München e.V., Fortbildungs-Rundbrief, Februar 2010)

Aktion Mensch: Bislang 2,8 Milliarden Euro für Projekte

Die Aktion Mensch hat in den vergangenen 44 Jahren insgesamt rund 2,8 Milliarden Euro an soziale Projekte weitergegeben. „Damit fördern wir junge Menschen, tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben führen, und sorgen so dafür, dass aus Integration schließlich Inklusion wird“, erklärte Markus Schächter, Intendant des ZDF und Aufsichtsratsvorsitzender der Aktion Mensch aus Anlass der 500. Kuratoriumssitzung der Aktion Mensch im Januar 2010. Die Aktion Mensch ist die größte private soziale Förderorganisation in Deutschland und wurde 1964 durch das ZDF und die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gegründet. |

(Quelle: Aktion Mensch, Pressemitteilung, 14.1.2010)

Stiftungswachstum weiterhin auf hohem Niveau

Im Jahr 2009 sind in Deutschland 914 neue Stiftungen errichtet worden. Das ist die dritthöchste Zahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Zum 31. Dezember 2009 gab es damit 17.372 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung um sechs Prozent. |

Aktuelle Grafiken und Analysen im Internet unter: <http://www.stiftungen.org/statistik>

(Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Pressemitteilung, 3.2.2010)

Woche des bürgerschaftlichen Engagement vom 17. bis 26. September 2010



Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements ist in diesem Jahr vom 17. bis 26. September geplant. Vereine, Organisationen und Initiativen können die Woche wieder nutzen, um auf ihre Aktivitäten aufmerksam zu machen und für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu werben. Die bundesweite Veranstaltung findet 2010 bereits zum sechsten Mal statt. |

Der offizielle Flyer zur Aktionswoche 2010 kann kostenlos online unter <http://www.engagement-macht-stark.de> oder per E-Mail unter aktionswoche@b-b-e.de bestellt werden. Zusätzlich steht der Flyer auf der Homepage im PDF-Format als Download zur Verfügung.

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 2, 28.1.2010)

Deutscher Behindertenrat: Adolf Bauer ist Vorsitzender des Sprecherrates



Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat für das Jahr 2010 das Sekretariat des Deutschen Behindertenrates (DBR) übernommen. Hannelore Loskill von der BAG Selbsthilfe übergab am 3. Dezember 2009 symbolisch den Staffelnstab an SoVD-Präsident Adolf Bauer, der nun zwölf Monate lang Vorsitzender im Sprecherrat des DBR ist. Der Vorsitz wechselt turnusmäßig jedes Jahr traditionell zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung. Im Deutschen Behindertenrat haben sich alle wichtigen Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, das mehr als 2,5 Millionen Betroffene in Deutschland repräsentiert. |

(Quelle: <http://www.deutscher-behindertenrat.de>)

BIENE-Award für die Weisse Liste

Die „Weisse Liste“, das unabhängige und nicht-kommerzielle Internetportal zur bundesweiten Krankenhaussuche, hat eine „BIENE 2009“ in der Kategorie „Komplexe Recherche- und Serviceangebote“ erhalten. Die Aktion Mensch und die Stiftung Digitale Chancen zeichnen seit 2003 jährlich die besten deutschsprachigen barrierefreien Webseiten aus. In diesem Jahr gab es über 300 Bewerber, 17 wurden in den verschiedenen Kategorien ausgezeichnet. In seiner Kategorie setzte sich das Portal zusammen mit dem Verwaltungsportal „bund.de“ durch. Beide erhielten eine „BIENE“ in Silber. „BIENE“ steht für „Barrierefreies Internet eröffnet neue Einsichten“. |

(Quelle: Bertelsmann Stiftung, Pressemitteilung, 7.12.2009)

Wechsel an der Spitze der Conterganstiftung: Antje Blumenthal wird neue Vorsitzende

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, hat die frühere Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal zur neuen ehrenamtlichen Vorsitzenden des Vorstands der Conterganstiftung für behinderte Menschen bestellt. Antje Blumenthal löst damit Regina Schmidt-Zadel ab, die diese Aufgabe nach fünf Jahren abgibt. Antje Blumenthal war von 2001 bis 2009 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Seit dem 1. September ist sie ehrenamtlich Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen in Hamburg. |

(Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Pressemitteilung, 6.1.2010)

Forschungsprojekt der Freien Universität Berlin: Diskriminierung in Deutschland

Das Institut für Rechtssoziologie und Rechtstatsachenforschung an der Freien Universität Berlin führt derzeit eine empirische Studie zu dem Thema „Realität der Diskriminierung in Deutschland – Vermutungen und Fakten“ durch. Die Forscher haben auf ihrer Webseite einen Online-Fragebogen eingestellt, mit dem Diskriminierungsfälle anonym mitgeteilt werden können. Das Forschungsprojekt wird von der Europäischen Kommission im Rahmen des PROGRESS Programms, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Freien Universität Berlin gefördert. |

Link zum Fragebogen: http://www.diskriminierung-in-deutschland.de/diskrim_form/index.html

(Quelle: SEKIS-Newsletter, Februar 2010)

Ehrenamtszuschale

Das Bundesministerium der Finanzen hat eine Übergangsregelung für die Aufwandsentschädigung des Vorstands gemeinnütziger Vereine getroffen. Nach einer Reihe von Schreiben zur Anwendung vom § 3 Nr. 26 a EStG waren die steuerlichen Konsequenzen einer nach dem 14.10.2009 vorgenommenen satzungswidrigen Zahlung einer Vorstandvergütung für einen gemeinnützigen Verein noch nicht geklärt. Die jetzt gültige Regelung legt fest, dass gemeinnützige Vereine Vorständen bis zum 31.12.2010 ohne gemeinnützigkeitsrechtliche Nachteile eine angemessene Tätigkeitsvergütung zahlen können. Dies ist in Ordnung, wenn die Satzung bis zum 31.10.2010 entsprechend geändert wird. |

Weitere Infos im Internet unter: http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/01/nl2_BMF Schreiben28122009.pdf

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 2, 28.1.2010)

Europäisches Jahr der Freiwilligen 2011 im Familienausschuss

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestags befasste sich auf seiner 2. Sitzung am 2. Dezember 2009 mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligen 2011. Ein entsprechender Vorschlag wurde vom EU-Ministerrat für Bildung, Jugend und Kultur bereits Ende November 2009 angenommen. Im Budget der EU sind insgesamt 8 Millionen Euro dafür vorgesehen, davon sollen etwa 450.000 Euro auf Deutschland entfallen. Im Haushalt des Ministeriums sind für die Jahre 2010 bis 2012 insgesamt 400.000 Euro dafür vorgesehen. Im Mittelpunkt des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit sollen die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen, die Stärkung von Freiwilligenorganisationen und die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten stehen. |

Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr im Internet unter: register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15658.de09.pdf

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 25, 10.12.2009)

„Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement“ erneut eingesetzt

Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ wird auch im 17. Deutschen Bundestag im Rahmen eines Unterausschusses bearbeitet. Dies beschloss der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seiner Sitzung am 27. Januar 2010 einstimmig. Die Fraktionen waren einhellig der Auffassung, dass bürgerschaftliches Engagement weiter zu fördern sei. Inhaltlich soll die Arbeit des Ausschusses auf die Themen „Integration“ und

„demografischer Wandel“ ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll der Unterausschuss ausdrücklich mit dem vom BBE veranstalteten „Nationalen Forum für Engagement und Partizipation“ zusammenarbeiten, das von der Bundesregierung, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, als Partner beim Aufbau einer nationalen Engagementstrategie in der laufenden Legislatur vorgesehen ist. Ein Termin für die konstituierende Sitzung des Unterausschusses steht noch nicht fest. |

(Quelle: BBE-Newsletter Nr. 2, 28.1.2010)

KIBIS-Studie: Selbsthilfegruppen in der Region Hannover engagieren sich

Im Raum Hannover engagieren sich Selbsthilfegruppen weit über ihre persönlichen Anliegen hinaus. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich, kurz KIBIS Hannover. Die Teilnehmer einer Selbsthilfegruppe leisten in ihrer Freizeit insgesamt rund 180 Stunden ehrenamtliche Arbeit – ein Großteil davon in persönlicher, telefonischer oder Onlineberatung. An der Studie nahmen 135 Selbsthilfegruppen teil. Sie gaben Auskunft über ihre Arbeit der letzten zwölf Monate. Insgesamt engagierten sich die Gruppenmitglieder 24.240 Stunden freiwillig außerhalb der eigenen Gruppe. Hochgerechnet auf alle 605 Selbsthilfegruppen der Region wären das mehr als 100.000 Stunden ehrenamtlichen Engagements. |

(Quelle: NAKOS INFO Red.)

Euregionale Tagung verabschiedet Patientenresolution

Unter dem Titel „Der Patient als Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung in der Euregio Maas-Rhein“ trafen sich Ende November 2009 in Maastrich 80 ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter aus Patientengruppen und der Administration der Euregio Maas-Rhein, um über die unterschiedliche Stellung der Patienten in den drei Ländern Belgien, Niederlande und Deutschland sowie um gemeinsame Belange in der Weiterentwicklung der Rechte der Patienten zu sprechen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung fassten die Ergebnisse der Tagung in einer Patientenresolution zusammen. |

*Die „zehn Bausteine für die Patientenbank“ finden sich im Internet als Download unter:
<http://www.koskon.de>*

(Quelle: KOSKON Rundbrief, Dezember 2009)

Wechsel im Vorsitz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Dr. Eberhard Jüttner ist neuer Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Er folgt auf die langjährige niedersächsische Justiz- und Sozialministerin Heidi Merk, die das Amt im Dezember 2009 nach knapp zwei Jahren niederlegte, um sich anderen Aufgaben widmen zu können. Der Verbandsrat betraute daraufhin Dr. Eberhard Jüttner, die Aufgabe bis zum Ende der Wahlperiode 2012 wahrzunehmen. Neuer stellvertretender Vorsitzender ist neben Cord Wellhausen, Vorsitzender des Paritätischen Nordrhein-Westfalen, Josef Schädle (Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie). In den Vorstand nachgewählt wurde in gleicher Sitzung der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes, Achim Meyer auf der Heyde. |

(Quelle: Paritätischer Gesamtverband, Rundschreiben an Mitgliedsorganisationen, 4.12.2009)

Junge Leute gesucht – Generationenwechsel in der Selbsthilfe

Fachtagung der AOK zur Zukunft der Selbsthilfe



Selbsthilfe wirkt. Chronisch Kranke etwa, die sich an einer Selbsthilfegruppe beteiligen, lernen besser mit ihrer Erkrankung umzugehen und einer weiteren Verschlimmerung entgegenzuwirken. Weil dem so ist, unterstützen die gesetzlichen Krankenkassen das Engagement in der Selbsthilfe und stellen Fördergelder zur Verfügung. Allein 2008 hat die AOK knapp 14 Millionen Euro für Selbsthilfegruppen bereitgestellt. Dennoch plagen viele Selbsthilfeorganisationen Nachwuchsprobleme. Die Selbsterneuerung in der Selbsthilfe funktioniert häufig nicht mehr, wie Helga Laaff, Referentin für Selbsthilfeförderung im AOK-Bundesverband, auf der Veranstaltung „Junge Leute gesucht. Generationenwechsel in der Selbsthilfe“ Ende November 2009 in Berlin erklärte. „Einige führen es auf ein geändertes Kommunikationsverhalten unserer Gesellschaft, besonders der jüngeren Leuten zurück. Keine Frage, dass hier ein wichtiger Schlüssel liegt“, so Laaff auf der vom AOK-Bundesverband in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG Selbsthilfe) organisierten Fachtagung. Insbesondere im Internet entstehe eine „neue Kultur“ der Informationsbeschaffung und des Austausches, die von vielen als Gefahr für die Selbsthilfe gesehen werde. Für die Selbsthilfe-Expertin des AOK-Bundesverbandes kann das Internet die

persönliche Arbeit in den Gruppen jedoch nicht ersetzen. Vielmehr könne das Web aber den Organisationen helfen, Mitglieder zu halten und Nachwuchs zu gewinnen. Ähnlich sieht das Frank Schulz-Nieswandt, Professor an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln. Die Gründer- und die aktive Nachfolgegeneration müssten geeignete „Engagementformen“ anbieten, die zu den Motiven und Erwartungen junger Betroffener passten. „Dafür muss man arbeiten. In der Sprache der Betriebswirtschaftslehre wäre es soziales Marketing“, so Schulz-Nieswandt weiter. (...) Selbsthilfegruppen müssten zu „Orten des Lebens und der Freizeitgestaltung, der Identitätsbildung, der Netzwerkbildung, der Freundschaften“ werden. Wollte man aktive, junge Mitglieder gewinnen, müsse die Arbeit in den Selbsthilfegruppen „sozialen Sinn“ ergeben und „Freude bereiten“. Häufig wechselnde Rahmenbedingungen führten bei vielen Selbsthilfeorganisationen dazu, dass Engagierte vor allem dem Alltagsgeschäft verhaftet seien – notwendige Weichenstellungen für die Zukunft gerieten dabei oftmals in Vergessenheit, wie Dr. Martin Daner, Bundesgeschäftsführer der BAG Selbsthilfe, erklärt. (...) |

*Materialien im Internet unter:
http://www.aok-bv.de/gesundheit/selbsthilfe/index_01944.html*

(Quelle: <http://www.aok-bv.de/>, 2.12.2009)

Tagungen

Im NAKOS INFO finden Sie nur eine Auswahl an Veranstaltungshinweisen. Weitere Hinweise finden Sie auf unserer Homepage unter <http://www.nakos.de/site/aktuelles-und-termine/termine/>. Dort können Sie sich informieren, die Internetadresse eines Veranstalters anwählen und Kontakt aufnehmen.

15.-16.4.2010 **Freiburg**
Pflegerische Maßnahme als Hilfe zur Selbsthilfe. 4. Freiburger Psychatriepflegetage. Info: Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychosomatik, Hauptstraße 5, 79104 Freiburg, Tel: 07 61 / 270 69 01, Internet: <http://www.uniklinik-freiburg.de>

16.-17.4.2010 **Mülheim / Ruhr**
Nicht immer einer Meinung!? Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen. Seminar. Info: Stiftung Mitarbeit

30.4.-2.5.2010 **Köln**
Frauen sind anders – Männer auch. Abschlussveranstaltung des Projektes. Info: Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.

15.5.2010 **bundesweit**
Wir gewinnen mit Familie – Standortfaktor Familienfreundlichkeit. Aktionstag der Lokalen Bündnisse für Familie. Internet: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de>

21.-23.5.2010 **Köln**
Auch wer nicht sprechen kann hat viel zu sagen! Jahrestreffen unterstützt kommunizierender Menschen. Info: Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.

31.5.-2.6.2010 **Hamburg**
Auf die Menschen kommt es an: Akteure und Adressaten der Selbsthilfe und der Selbsthilfeunterstützung. Jahrestagung 2010 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. Info: DAG SHG c/o NAKOS, Wilmersdorfer Str. 39, 10627 Berlin, Tel: 030 / 31 01 89 60, Internet: <http://www.dag-shg.de>

1.6.2010 **Berlin**
Netzwerke gestalten und moderieren. Seminar. Info: Paritätische Akademie gGmbH

9.-11.6.2010 **Münster**
Aktuelle Fragen des Zuwendungsrechts. Veranstaltung. Info: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Fax: 030 / 629 80-650, Online-Anmeldungen unter www.veranstaltungen.deutscher-verein.de

9.-11.6.2010 **Potsdam**
Jahrestagung und Mitgliederversammlung. Info: Gesunde-Städte-Netzwerk, Gesundheitsamt Münster, 48127 Münster, E-Mail: gsn@stadt-muenster.de, Internet: <http://www.gesunde-staedte-netzwerk.de>

12.-13.6.2010 **Hamm**
Verbunden in Vielfalt – Lebenswelten im Kreuzbund. Kongress. Info: KREUZBUND – Bundesgeschäftsstelle, Münsterstraße 25, 59065 Hamm, Tel: 023 81 / 672 72-0, Fax: 023 81 / 672 72-33, E-Mail: info@kreuzbund.de, Internet: <http://www.kreuzbund.de>

16.-19.6.2010 **Berlin**
Inklusion – Rechte werden Wirklichkeit. 15. Weltkongress von Inclusion International. Info: BV Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. Internet: <http://www.inclusion2010.de>

19.6.2010 **Erlangen**
Information statt Resignation. Deutscher Vitiligo-Tag 2010. Info: Deutscher Vitiligo-Bund e.V., Frankenring 74, 91325 Adelsdorf, E-Mail: mail@vitiligo-bund.de, Tel: 091 95 / 99 20 39, Fax: 091 95 / 99 39 35, Internet: <http://www.vitiligo-bund.de>

25.-27.6.2010 **Nürtingen**
Abgeben statt aufgeben. Generationenwechsel in (Selbsthilfe-)Gruppen. Seminar. Info: Stiftung Mitarbeit

26.-27.8.2010 **Dresden**
Regionale Netzwerke aufbauen und gestalten. Seminar. Info: Paritätische Akademie gGmbH

3.-5.9.2010 **Remagen**
Motivierende Gesprächsführung in der Selbsthilfe – eine Frage der Haltung. Seminar. Info: AWO Bundesakademie e.V., Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel: 030 / 263 09-0 / -141, Fax: 030 / 236 09-211, E-Mail: akademie@awo.org, Internet: <http://www.awo.org>

10.-12.9.2010 **Köln**
Fundraising für Vereine und Initiativen. Seminar. Info: Stiftung Mitarbeit



17.-26.9.2010 **Bundesweite Aktionswoche**
Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Informationen im Internet unter <http://www.engagement-macht-stark.de>

ADRESSEN

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 640 04-21, Fax: 02 11 / 640 04-20, E-Mail: anne.ott@bvkm.de, Internet: <http://www.bvkm.de>

Paritätische Akademie gGmbH, Oranienburger Straße 13/14, 10178 Berlin, Tel: 030 / 246 36-440, Fax: 030 / 27 59 41 44, E-Mail: paritaetische@akademie.org, Internet: <http://www.paritaetische-akademie.de>

Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Straße 37, 53111 Bonn, Tel: 02 28 / 604 24-0, Fax: 02 28 / 604 24-22, E-Mail: info@mitarbeit.de, Internet: <http://www.buergergesellschaft.de>



Herausgeber:
 NAKOS
 Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen
 Wilmersdorfer Straße 39
 10627 Berlin
 Tel: 030 • 31 01 89 60
 Fax: 030 • 31 01 89 70
 E-Mail: selbsthilfe@nakos.de
 Internet: www.nakos.de
 Telefonische Sprechzeiten
 Di 9-13.00, Mi 9-12.00,
 Do 14-17.00, Fr 10-13.00 Uhr

Redaktion: Wolfgang Thiel, Gabriele Krawielitzki, Michaela Nourrisson, Ruth Pons
 Layout/Grafik: Diego Vásquez
 Druck: H&P Druck, Berlin

gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier
 Auflage: 1.900
 Erscheinungsweise: 1/4 jährlich
 Versand: An Personen und Einrichtungen, die Selbsthilfegruppen unterstützen.

Namentlich gezeichnete Beiträge werden von den Autoren/innen bzw. Gruppen selbst verantwortet.
 Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

Druck und Layout mit der finanziellen Unterstützung der Bundesverbände der gesetzlichen Krankenkassen.

Spruch des Quartals

Die Dinge dürfen nicht wie gemalt sein, sonst halten sie im Leben nicht.

(Ernst Bloch)



Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.

ISSN 1615-5890

ISSN 1615-5890

Die Zeitschrift NAKOS INFO erscheint vierteljährlich. Sie dient der fachpolitischen Diskussion, der Information und dem bundesweiten Austausch örtlicher Selbsthilfekontaktstellen beziehungsweise von Versorgungseinrichtungen, die in ihrem Arbeitsbereich ein Informationsangebot für Selbsthilfegruppen und Interessierte entwickelt haben.

NAKOS
Nationale Kontakt- und Informationsstelle
zur Anregung und Unterstützung
von Selbsthilfegruppen

Eine Einrichtung der



Deutschen
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.

www.nakos.de